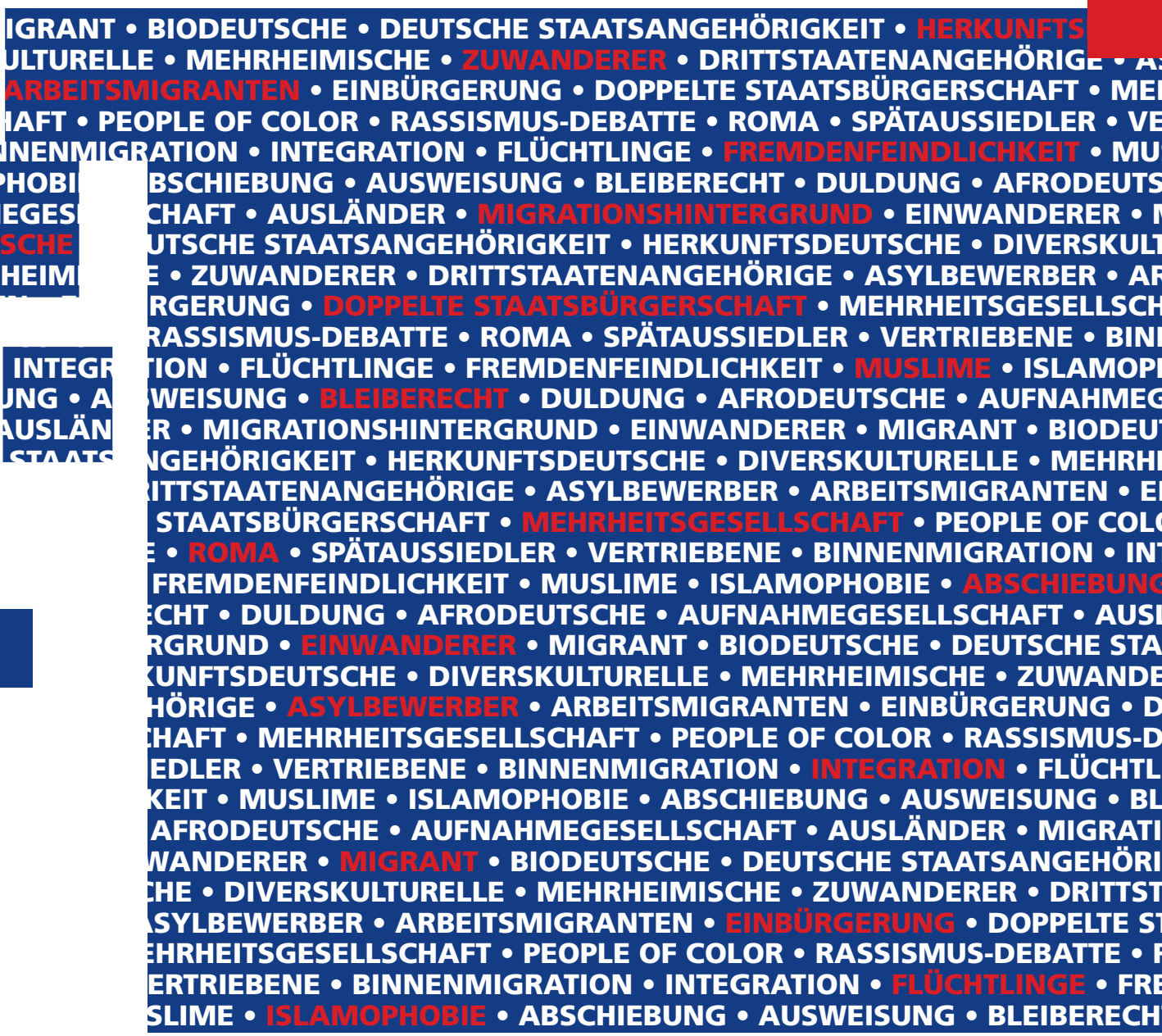
Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Migration

weitere Themen:

- **Widerstand in vielen Facetten**
- **Positiv erinnern**

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie!

Aktuelle Phänomene wie Rechtspopulismus, Islamismus oder auch Verdruss über die Arbeit unserer Demokratie sind für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Herausforderungen. Die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Fremden, die gegenwärtig nach Deutschland einwandern, ist ein weiteres Problem unserer Tage, das uns tangiert. Das Gleiche gilt für die NS-Vergangenheit in der aktuellen europäischen Debatte. Wir werden wirklich gebraucht.

Auf unserer Mitgliederversammlung im November des letzten Jahres haben wir unsere Arbeit bilanziert und partiell neu akzentuiert. Wir sind mit unseren Schwerpunkten und Projekten gut aufgestellt. In den Regionalen Arbeitsgruppen wie auch in Berlin wird mit Elan gearbeitet.

Für unsere Vereinigung überraschend hat unser Vorsitzender Wolfgang Tiefensee kurz nach unserer Mitgliederversammlung, auf der er mit großer Mehrheit wiedergewählt worden war, sein Amt als Vorsitzender niedergelegt, weil er in die thüringische Landesregierung eintrat und aus seiner Sicht die beiden Ämter inkompatibel sind. In der Tat ist eine in der parteipolitischen Auseinandersetzung exponierte Rolle mit den Aufgaben unserer Vereinigung schwer vereinbar. Für die Arbeit unserer Vereinigung bedauern wir die Entwicklung. Wolfgang Tiefensee hat in den zweieinhalb Jahren, in denen er an der Spitze stand, unsere Arbeit wesentlich vorangebracht, wofür wir ihm namens aller Mitglieder herzlich danken. Wir sind sicher, dass er auch in seinem Thüringer Amt die Anliegen und Ziele unseres Vereins nicht aus dem Blick verlieren wird.

Entsprechung unserer Satzung ist die Führung des Vereins auf die stellvertretenden Vorsitzenden übergegangen. Spätestens in unserer nächsten Mitgliederversammlung muss ein(e) neue(r) Vorsitzende(r) gewählt werden. Über die weiteren Schritte werden wir Regionale Arbeitsgruppen und Mitglieder zeitnah informieren.

Selbstverständlich werden Vorstand, Geschäftsführer und Geschäftsstelle bis zur Wahl die vereinbarten Arbeitsvorhaben und Projekte in bewährter Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsgruppen weiterführen und – wenn nötig – neue Fragen aufgreifen.

Mit den besten Grüßen

Eberhard Diepgen | Prof. Dr. Bernd Faulenbach | Dr. Irmgard Schwaetzer

Das Thema Migration war eines von drei Themen, das auf der Mitgliederversammlung am 22. November 2014 in Leipzig unter dem Tagesordnungspunkt „Akzentsetzung auf aktuelle und zukünftige Fragestellungen" lebhaft diskutiert wurde. Nach einem Input von Cornelia Schmalz-Jacobsen beschäftigten sich die Mitglieder besonders mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik und der Frage, was eine Vereinigung wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. praktisch tun könne, um Ängsten in der Bevölkerung entgegen zu wirken.

Die Begriffe rund um das Thema Einwanderung und Migration, die in der Grafik auf der Titelseite verwendet wurden, sind dem „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland" entliehen. Auf Initiative der Neuen deutschen Medienmacher e. V. trafen sich 2013 bundesweite Vertreterinnen und Vertreter von Medien, Wissenschaft und Verwaltung und haben Begriffe diskutiert und Definitionen abgeglichen. Das Glossar bietet wissenschaftlich fundierte Erklärungen, warum bestimmte Bezeichnungen nicht und andere wiederum häufiger verwendet werden sollten. Das Glossar kann unter www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2014/12/Glossar_A5_online.pdf kostenlos heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Verstaubt, exotisierend oder identitätsstiftend? 4
Heldenkult – Diskriminierung – Potenziale 7
Parlamentarier mit Migrationshintergrund 10
Nicht schwarz und weiß und weiß und schwarz 12
Toleranz und Identität 13
Widerstand in vielen Facetten 15
Positiv erinnern! 18
„Vergiss deinen Namen nicht" – Die Kinder von Auschwitz 20

AUS UNSERER ARBEIT

Vom Versuch, normal zu bleiben 21
Mitgliederversammlung 2014 22
Ein herzliches Dankeschön für Ihre Unterstützung! 25
RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden:
Migration als thematische Klammer 26
RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden:
Ein absurder Kriegsschauplatz 27
RAG Baden-Württemberg, Böblingen-Herrenberg-Tübingen:
Es herrschte großer Hunger: „Man träumte von Essensbergen" 28
RAG Rhein-Ruhr West: ... einen Nerv getroffen 30
RAG Baden-Württemberg:
Königsbronn-Symposium 2014: „Zivilcourage in schwerer Zeit" 32
RAG Rhein-Main:
Rücksichten – Die dritte Generation blickt auf ihre Großeltern im Nationalsozialismus 35
RAG Rhein-Main:
Immer Lauter: Die Stimme eines Unangepassten 37

NAMEN UND NACHRICHTEN

Max Mannheimer: Zum 95. Geburtstag 40
DDR-Museumskonzeption bekommt Preis 41
KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen: Neues Buch erschienen 41

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension:
Der Deutsche. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen.
Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945.
Zerbrochene Welt. Drei Wochen 1944 42
Wir kommen wieder! Plauen 89. Eine Stadt demonstriert sich nach Deutschland. 45
Ehre, wem Ehre gebührt! Täter, Widerständler und Retter 1939–1945. 46

IMPRESSUM 40
VORSTAND UND BEIRAT 47

Verstaubt, exotisierend oder identitätsstiftend?

Einwanderergeschichte in deutschen Museen

Ein Interview mit der bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Ekin Deligöz und Dietmar Osses, dem Leiter des LWL-Industriemuseums Zeche Hannover in Bochum. Das Interview führte Dr. Jacqueline Boysen.

Fotos: Ruth Wunnicke

Trafen sich im Dezember 2014 in Berlin (v.l.n.r.): Dr. Jaqueline Boysen, Ekin Deligöz und Dietmar Osses.

Frau Deligöz, Sie kamen 1979 als Schülerin nach Deutschland – haben Sie mit der Schule oder mit ihrer Familie in der Türkei oder dann später hier in Deutschland historische Museen besucht? Woran können Sie sich erinnern?

Deligöz: Meiner Erfahrung nach war es in der Türkei mehr historisch im Sinne von Ausstellungsstücken wie der größte Diamant, die Waffen, die osmanische Kultur. Es gibt sehr schöne kulturhistorische Museen, z.B. in Ankara. Wenn mir etwas aufgefallen ist in den deutschen Museen, gerade in Bonn im Haus der Geschichte der Bundesrepublik, dann, dass ich immer das Gefühl hatte, meine Generation findet hier nicht statt. Hier wurde die gesamte Migrationsgeneration reduziert auf die Übergabe eines Mopeds an den millionsten Gastarbeiter, Herr Rodriguez.

Herr Osses, ist das aus Ihrer Sicht eine typische Beobachtung für den migrantischen Teil der Bevölkerung, der die eigene Geschichte in Museen hierzulande nur in dieser Weise wiederfindet – oder eben gerade nicht wiederfindet?

Osses: Ich glaube schon, dass es eine deutliche Leerstelle ist. Das ist der größte Makel, den wir feststellen können, gerade in Dauerausstellungen. Es hat sich im Bereich der Sonderausstellungen in den letzten 10-15 Jahren eine große Menge getan. Aber wenn man selber Migrationserfahrungen hat, muss man in Dauerausstellungen angestrengt suchen, um sich wiederzufinden. Das leisten die Museen im Moment noch nicht zufriedenstellend und die großen Häuser der Deutschen Geschichte eigentlich gar nicht.

Jetzt begreifen wir uns in Deutschland inzwischen als Einwanderergesellschaft. Das Land will sich Einwanderern gegenüber öffnen und Zuwanderer willkommenheissen. Welche Rolle fällt in der Einwanderungsgesellschaft Museen, insbesondere historischen Museen zu?

Osses: In Museen läuft der Diskurs darüber schon deutlich länger. Wir haben schon in den 90er Jahren einen sehr deutlichen Impuls gehabt, diesen Teil der Geschichte erzählen zu können.

„Wir Museumsleute erleben jetzt aufgrund der Anerkennung, dass die Republik ein Einwanderungsland ist, etwas mehr Rückenwind und mehr Offenheit von den Trägern.“

Wir können uns diesem Teil der Geschichte mehr zuwenden. Im Deutschen Museumsbund haben wir einen Arbeitskreis Mi-

gration im Museum. Wir merken, dass es Anfragen von Kolleginnen und Kollegen gibt, die jetzt einen politischen Auftrag erteilt bekommen das Thema Migration zu zeigen, vor allem vor dem Hintergrund der Jubiläen der Anwerbeabkommen. Das ist für viele Museen schwierig. Als Museum arbeiten wir in der Regel mit Objekten, und das heißt wir brauchen eine langfristig angelegte Sammlung. Wenn plötzlich die politische Idee da ist, innerhalb von wenigen Jahren eine Ausstellung zu einem Thema zu machen, zu dem noch nicht gesammelt worden ist, dann gibt es tatsächlich Probleme, die wir angehen müssen.

Frau Deligöz, wenn man die Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland nicht nur im Munde führen, sondern auch sichtbar leben will, was müsste dann in historischen Museen gezeigt werden? Haben Sie eine Vorstellung davon, welchen Beitrag diese zur vielbeschworenen Willkommenskultur leisten könnten?

Deligöz: Die Migrationsgeschichte ist ein Teil der deutschen Geschichte. Die Menschen sind nach Deutschland gekommen, ihre Kinder wachsen hier auf, ihre Enkelkinder fühlen sich deutsch. Sie sind ein Teil der deutschen Geschichte. Natürlich kann man das sichtbar machen.

„Noch gibt es viele Objekte. Aber sie werden uns verloren gehen, wenn wir sie nicht rechtzeitig sammeln und archivieren."

Noch gibt es die sogenannte Gastarbeitergeneration, die das erlebt hat und darüber erzählen kann. Es gibt die Mitbringsel, die sie aus der Türkei mitgebracht haben, aber das wird mit den Generationen verschwinden. Ich gebe ihnen mal ein Beispiel. In München gab es Siemensheime, wo nur Frauen unter sich waren, und ihre größten Wünsche damals waren die AMC-Töpfe. Diese Töpfe waren sehr teuer. Also haben die Frauen ein ganzes Jahr gearbeitet, um sich so ein Topfset zu kaufen. Sie haben es zurück in die Türkei mitgenommen, um festzustellen, dass diese Töpfe auf dem Kohleofen gar nicht funktionieren, weil sie für Elektroherde gemacht waren. Aber das ist ein Teil ihrer Geschichte und die Töpfe sind Symbol ihres Aufstieges. Oder die Gewerkschaften. Ein Arbeitnehmer konnte automatisch mitwählen, egal ob er Deutscher, Türke, Italiener oder Russe war. Das waren die ersten demokratischen Teilhabemöglichkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund hatten.

Osses: Und bleiben auch die einzigen.

Deligöz: Ja, weitläufig immer noch die einzigen. Aber kein Wunder, dass am ersten Mai sehr viele Türken mitmarschieren. Das ist der Hintergrund, warum sie sich heute noch damit identifizieren. Es war die einzige Form der Teilhabe.

Die Beschreibung der Migration birgt allerdings das Risiko, dass Einwanderer – insbesondere jene nicht-deutscher Herkunft – exotisiert werden und wieder das Trennende und weniger das Verbindende dargestellt wird, also ein der Graben zwischen „ihnen" und „uns" erneut aufgerissen wird.

Deligöz: Ja, exotisch waren sie damals als sie kamen. Daran werden wir in der Geschichtserzählung nichts verändern, dürfen wir auch nichts verändern. Aber die Generation, die jetzt aufwächst, die arbeitet gegen die Exotisierung. Wir müssen Entwicklungen aufzeigen. Um die Entwicklungen darzustellen, muss gefragt werden: Woher kommen die Menschen? Wo haben sie sich hin entwickelt? Welchen sozialen Aufstieg gab es? Wir sehen ja die Einwanderergesellschaft immer sehr defizitorientiert. Es gibt aber auch massenweise Gegenbeispiele. Heute Morgen habe ich z.B. ein Interview mit dem Top-Anwalt von Tuğçe Albayrak gehört. Es gibt viele Einwanderer, die aus einfachsten Verhältnissen kamen und einen beachtlichen sozialen Aufstieg hingelegt haben. Das macht Mut.

Herr Osses, wie kann ein Museum diese Entwicklungen nachzeichnen und verständlich machen, ohne der Gefahr zu erliegen, Zuwanderer zu exotisieren?

Osses: Wenn man auf ein Phänomen aufmerksam machen will, dann muss man es zeigen. Und gerade im Museum macht man das eben verkürzend mit Herausstellen, mit Exponieren. Da ist immer die prinzipielle Gefahr der Exotisierung eines jeden Themas gegeben. Doch der Hinweis darauf, eine Entwicklung aufzuzeigen, ist sehr richtig und wichtig. Ich glaube es ist wichtig, noch tiefer zu kontextualisieren. Gerade dafür ist die Geschichte gut und reichhaltig, einen längeren Bogen zu spannen und nicht zu verkürzen auf „Gastarbeitergeschichte". Ein Beispiel: Die ersten Anwerbeabkommen waren ja nicht für einfache Arbeiter gedacht. Es waren Facharbeiterkontrakte, die geschlossen wurden. Das hat nicht sehr gut funktioniert. Dabei stellte man fest, dass man ein Reservoir an sehr billigen Arbeitskräften eröffnen kann… Und genau das ist unsere Gefahr heute: Wir verkürzen im Kopf und meinen, die Gastarbeiter, das waren alles ungebildete, billige Menschen. Hier müssen von Museen tiefere Zusammenhänge hergestellt werden, um genau diese Vorurteile auszuräumen. Außerdem sollte es in Museen auf keinen Fall nur darum gehen, Migration oder Migranten zu erklären, sondern auch das Gegenüber. Nämlich die Deutschen. Also ihr Deutschen, was habt ihr denn da gesehen, in den Menschen die hier hergekommen sind und arbeiten wollen? Diese Herangehensweise könnte eine Gefahr der Exotisierung nehmen, indem man beide Seiten anguckt. Das Gute ist:

„Ein Blick in die Geschichte kann uns einiges an Aufgeregtheit aus der Gegenwart nehmen."

Ähnliche Strukturen und Problemstellungen hat es schon lange vorher gegeben. Und es gibt unterschiedliche Wege sie auszutarieren. »

Fotos: Ruth Wunnicke

Ekin Deligöz, MDB, ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dietmar Osses ist u.a. Sprecher des Arbeitskreises „Migration in Museen“ im Deutschen Museumsbund.

» *Was können Gastgeberländer von den Erzählungen ihrer Einwanderer lernen, und wie kann über die Museen das eigene, das nationale Narrativ verändert und der Blick geweitet werden?*

Osses: Das ist natürlich eine doppelte Perspektive. Es geht darum darzustellen, wie sich Deutschland durch die Einwanderer verändert hat. Und dass kann man z.B. sehr schön am Städtebild oder am täglichen Speiseplan. Das sind Themen, die Akademikern manchmal zu alltäglich sind. Aber für den Alltag und die Alltagsgeschichte ist das wirklich prägend und wichtig.

Wenn Museen diese Entwicklungen reflektieren – wie wirkt das auf die migrantischen Besucher?

Deligöz: Museen sind identitätsstiftend. Identität stiften heißt auch immer aus der Geschichte lernen. Und das können sie sehr wohl darstellen. Sie können es z.B. personalisiert machen, indem sie Geschichten erzählen lassen von den Generationen damals und heute. Wenn wir nicht bewahren, werden wir viele Zusammenhänge nicht mehr verstehen, aber wir werden darüber urteilen. Und wenn wir urteilen, ohne zu verstehen, wie es dazu gekommen ist, dann urteilen wir meistens falsch. Und das ist das Kostbarste überhaupt, was uns die Geschichte gibt, dass wir daraus lernen können.

Osses: Jetzt bin ich ganz froh, dass sie das gesagt haben. Oft wird gesagt, Museen sind identitätsstiftend. Möglicherweise sind sie das schlussendlich in der Wirkung auch. Aber das darf nicht der Sinn des Museums sein. Der Sinn des Museums muss sein, Identitätsangebote zu reflektieren und durch Geschichte zu zeigen, wie was gekommen ist. Zu sagen, Museen stiften Identität, hieße, dass der Museumsmacher auch derjenige ist, der die Identität beschreibt und festschreibt, die es zu stiften gilt. Und das ist eine große Gefahr.

Deligöz: Und um das zu ergänzen: Ich finde, so ein Museum darf nicht ins Folkloristische abdriften. Sondern es geht darum, bestimmte Sachen zu erklären und daraus dann die Konsequenzen zu ziehen.

Um all dies zu erfüllen und einen Ort zu haben, der die Bedeutung der Migration für unsere Gesellschaft angemessen widerspiegelt, brauchen wir ein zentrales deutsches Migrationsmuseum oder brauchen wir nicht vielmehr regionale Ausstellungen?

Deligöz: Ich glaube, wir brauchen beides. Meine Idee wäre jedoch, in Berlin zentral mit einem Museum zu starten und daraus eine Bewegung zu generieren, um dann allen anderen in den verschiedenen Regionen Hilfestellung und Unterstützung zu geben. Ich stelle mir dieses zentrale Museum als ein Haus der Diskussion, der Debatte, des Nachfragens und der Kommunikation vor. Ich glaube, wir brauchen den Anfang.

„Und dieser Anfang setzt Maßstäbe und holt die Migrationsgeschichte aus den Fußnoten heraus.“

Das ist das Wichtigste. Wenn es uns mit einem zentralen Museum gelingt, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass ein Teil der deutschen Geschichte auch Migration beherbergt, dann ist es meine Hoffnung, dass sich der Gedanke auch sternförmig ausweitet. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass in einem Mercedes-Museum auch die Gastarbeiter mit einem großen Beitrag Erwähnung finden. Oder dass Siemens mal bei seiner Firmengeschichte mit aufzählt, dass sie vorwiegend Frauen geholt haben.

Am Ende stellt sich immer die Frage nach der Finanzierung ... Sehen Sie eine Möglichkeit, ein zentrales Migrationsmuseum oder ein Museum für die Migrationsgeschichte in Deutschland über den Bund zu fördern?

Deligöz: Die Intention ist nicht, die Mittel woanders zu kürzen, um sie dann nach Berlin zu ziehen. Ich würde das auch nicht für richtig halten. Gibt es Bundesmittel dafür? Ich wünschte, es wäre so. Dann hätten wir es leichter. Ich habe nicht umsonst die Unternehmen erwähnt.

„Ich fände es gut, wenn wir auf eine Stiftung hinarbeiten.“

Ich denke, dass genau die Unternehmen, die auch am meisten von den sogenannten Gastarbeitern profitiert haben, eine Bringschuld diesen Menschen gegenüber haben. Und diese Bringschuld könnte sich durchaus monetär darstellen.

Herr Osses, wie beantworten Sie als Museumsleiter die Frage, ob die Migrationsgeschichte in Deutschland zentral oder regional verankert werden sollte?

Osses: Ich würde Frau Deligöz Beispiel des strahlenden Sterns, der möglicherweise aus Berlin strahlt, das des Sternmarsches entgegensetzen. Es gibt für die bundesrepublikanische Geschichte und auch für die DDR-Geschichte sehr unterschiedliche Geschichten und Phänomene, die es vor Ort zu erzählen gilt. Ein aktuelles Beispiel sind die Pegida-Demonstrationen in Dresden, die sich mit einem dumpfen Angstgefühl gegen Fremde wendet. Gerade deswegen wäre es wichtig, das Thema dort hin zu bringen. Wir hatten einen Zusammenschluss von Stadt- und Regionalmuseen, die aus eigenem Antrieb gesagt haben: Migration ist ein Thema, wir sitzen dran, lasst uns das zusammen tun. Im Moment gibt es in unterschied-

lichen Städten, große Stadtmuseen, wie in Stuttgart oder Frankfurt, die zentral die regionale Migrationsgeschichte mit einweben. Und diese Idee gibt es in anderen Stadtmuseen auch. Der Deutsche Museumsbund wird im nächsten Jahr einen Leitfaden veröffentlichen, der mit Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen und Experten erarbeitet wurde. Es ist eine Handreichung wie man das Thema Migration im Museum angehen kann. Wenn wir jetzt die Vorarbeiten und Gründungen vor Ort unterstützen, werden wir daraus vielleicht die Möglichkeit für eine spätere zentrale Institution in Berlin entwickeln. Ich glaube, der Weg muss genau so herum sein.

„Wir dürfen auf keinen Fall die Wirkung in der Fläche vernachlässigen."

Bei einem zentralen Museum wäre die große Gefahr, dass es als Gegenargument für Ausstellungen in den Regionen benutzt wird: Haben wir schon, brauchen wir nicht mehr. Wenn es eine Konkurrenz geben sollte, würde ich das auf jeden Fall den Entscheidern zu bedenken geben, dass im Moment schon viel wächst vor Ort. Und wenn es einen Sternmarsch geben kann, wunderbar.

Was können zivilgesellschaftliche Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu diesem Thema beitragen?

Deligöz: Warum nicht mal einen Diskussionsabend direkt in einem Unternehmen, in der Kantine oder in dem städtischen Museum, machen und tatsächlich nachfragen: Was ist eigentlich unsere Stadtgeschichte?

Osses: Ich finde den zweiten Teil des Vereinsnamens ganz wichtig, „Für Demokratie". Das ist ein sehr guter Ansatzpunkt. Es gibt z. B. die Erfahrung der ersten „Gastarbeiter"-Generation die gesehen hat, das einzige wo ich mich engagieren kann, ist in betrieblicher Mitbestimmung. Wie viele Generationen von betrieblicher Mitbestimmung haben wir eigentlich gehabt? Was ist daraus geworden? Und, wo fehlen uns vielleicht noch demokratische Rechte? Da ist man sofort auch im aktuellen Diskurs. Man kann mit solchen Beispielen positive Geschichte erzählen und nicht nur Leidensgeschichte.

Stellen Sie sich abschließend doch bitte einmal vor, ein Migrationsmuseum wird aufgebaut und bittet Sie um ein Exponat. Was würden Sie beisteuern? Gibt es einen Gegenstand, der Ihre Geschichte verkörpert oder nacherzählt?

Deligöz: Als wir nach Deutschland kamen, hatten wir zwei Koffer. In einem Koffer waren unsere Kleidung und Alltagsbedarf. In dem anderen Koffer hat meine Mutter Kinderbücher mitgenommen. Das war ihre Art, mir ihre Kultur mitzugeben. Diese Kinderbücher sind immer noch bei mir. Ich glaube, dass meine Mutter das sehr bewusst gemacht hat, weil sie mir über die Bücher meine Wurzeln mit auf den Weg geben wollte. Diese Bücher würde ich dem Museum spenden.

Osses: Übrigens sind auch meine Vorfahren einst zugewandert: meine Großeltern sind aus Pommern geflohen und hatten einen Koffer und einen Kinderwagen. Ich habe mich irgendwann mal gewundert, warum andere Kinder so viele Erinnerungsstücke aus der Vergangenheit hatten. Bei meiner Familie fing das immer mit meinen Großeltern an. Im Wohnzimmerschrank stand ein zweibändiges Lexikon. Eines der wenigen Bücher, die meine Großeltern hatten. Da waren sie ganz stolz drauf. Wenn es die noch gäbe, dann wäre das für mich ein wichtiges Exponat.

Ich danke Ihnen für das Gespräch. ■

Dr. Jacqueline Boysen ist Historikerin und Journalistin. Sie ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Ruth Wunnicke

Heldenkult – Diskriminierung – Potenziale

Kommunistische Diktaturerfahrungen und Migrationsgeschichte aus Ost- und Südosteuropa

Menschen mit kommunistischen Diktaturerfahrungen in Deutschland

In einem bayerischen Werk machte die Werksleitung vor einiger Zeit den Vorschlag, eine „Straße der Besten" einzuführen und gute Arbeiter monatlich mit einem Foto an der Wandzeitung zu ehren. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich Werksangehörige, die aus Ostdeutschland und Polen nach Bayern gekommen waren, vehement aus. Solche „Helden der sozialistischen Arbeit" habe man früher zur Genüge erlebt, protestierten sie.

Von den Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund, die heute in der Bundesrepublik Deutschland leben, haben **2,9 Millionen** ihre Wurzeln im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, **1,5 Millionen** im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, **1,5 Millionen** in Polen sowie **537.000** in Rumänien. Diese rund 6,4 Millionen Menschen entsprechen einem Anteil von **6,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung**. (Statistisches Bundesamt 2013). Was diese Menschen und 17 Millionen Ostdeutsche eint, sind prägende Erfahrungen, die sie in einer kommunistischen Diktatur gemacht haben. Bis heute »

» können diese Erfahrungen in ihr Denken und Handeln wirken, was für „Außenstehende“ nicht immer nachvollziehbar ist und mitunter zu Ablehnung führt – oftmals aus Unwissenheit.

Was sind kommunistische Diktaturerfahrungen?

Diktaturerfahrungen sind individuelle Erfahrungen. Die einen machen sie als engagierte Kommunisten in einer Diktatur, andere als Angehörige einer Minderheit, wiederum andere als Antikommunisten. Dennoch gibt es so etwas wie ein Grundgefühl, das als prägende Grundstruktur in kommunistischen Diktaturen für mehrere Generationen in unterschiedlichen Abstufungen zu erkennen ist und sich teilweise bis heute fortsetzt. Eine umfassende wissenschaftliche Definition kommunistischer Diktaturerfahrungen gibt es bisher jedoch noch nicht.

Das Leben in einer kommunistischen Diktatur bedeutete *Leben in einer doppelten Realität*. Dem selbsterlebten Alltag stand die offizielle politische Interpretation gegenüber. Das führte für die Menschen zu einer permanenten Lebensunsicherheit. Denn auch die „offizielle Wahrheit“ konnte sich von heute auf morgen ändern und Lebensschicksale beeinflussen. Bis

Lenindenkmal auf dem Leninplatz in Ost-Berlin, 1970

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-J0505-0054-001 / Ludwig, Jürgen / CC-BY-SA

Foto: Wikimedia/Plakat von Hajotthu, CC BY-SA 3.0

DDR-Propagandaplakat, Dresden, Oktober 1985

heute hat sich für einige Menschen mit diesen Erfahrungen eine misstrauische Einstellung zum Staat erhalten.

Ein prägendes Instrument der kommunistischen Diktatur war die *imaginäre Schaffung von Feinden*. Das Bild des „Volksfeindes“ schaffte eine gewisse Legitimation für die gegenseitige Bespitzelung auf der Arbeit, im Wohnblock, in der Massenorganisation usw. In vielerlei Hinsicht wurde ein Klima der Angst aufgebaut. Als Folge wurde das Schweigen zu einer nahezu überlebenswichtigen Tugend, war aber kein Garant für Unversehrtheit.

Heldenkulte dienten der staatlichen Forderung nach Stärke, Optimismus und Pflichterfüllung sowie als Vorbild zur Erziehung zum „sozialistischen Menschen. Dabei ging es zum einen um den Held in Krisen, z.B. im Krieg, und zum anderen um das Heldentum in der betrieblichen Planerfüllung. Andererseits drohte im Alltag kommunistischer Diktaturen allen Abweichlern Erniedrigung, Deportation bis hin zum politischen Mord. Die Masse der Menschen führte ihr Leben zwischen diesen beiden unvereinbaren Polen, in dem Wissen, wer hoch steigt, kann mit jedem politischen Wandel tief fallen. In der Folge bemühten sich viele Menschen, einem unauffälligen, strebsamen und angepassten Leben nachzugehen, fernab jeglicher individueller Selbstdefinition.

Vor allem Menschen anderer Ethnien (z.B. Russlanddeutsche) machten die Erfahrung von Fremdenfeindlichkeit, allerdings nicht primär aus politischen Gründen. Es war vielfach eine ethnisch-religiöse Diskriminierung, die sich ihnen in Form von Deportationen, Gewalt und Morden zeigte und mit schweren traumatischen Belastungen einhergeht. Traumatische Belastungen werden u.a. auch als „unsichtbares Gepäck“ der Migranten bezeichnet.

Die Ergründung und Benennung von kommunistischen Diktaturerfahrungen ist eine nachträgliche Konstruktion. Aus westeuropäischer Sicht werden diese Erfahrungen in der Regel negativ konnotiert. Die „Betroffenen“ selbst werten dagegen nicht alles als negative Erfahrungen, denn sie hatten trotz der Diktatur auch ein lebenswertes und gutes Leben.

Migrationsgeschichte(n) der Menschen aus kommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas

Die Migrationsmotive der Menschen sind vielfältig. Für manche Migranten war die Angst vor der politischen Willkür und die Sehnsucht nach Sicherheit der Motor zum Weggehen. Politische Dissidenten hofften auf Sicherheit in Deutschland. Für andere wiederum waren wirtschaftliche Not, Krankheit oder Hoffnungslosigkeit in Bezug auf eine berufliche Karriere ausschlaggebend, den Weg nach Deutschland anzutreten. Deutschstämmige im Ausland erlebten oftmals aufgrund ihrer Ethnie Verfolgung. Ihnen bot das Staatsangehörigkeitsrecht die Möglichkeit einer privilegierten Zuwanderung.

Ein Teil der heute in Deutschland lebenden Menschen mit kommunistischen Diktaturerfahrungen kam bereits seit den 1950er-Jahren nach Deutschland. Die meisten von ihnen immigrierten jedoch mit dem Ende des Kalten Krieges. Die größte Gruppe sind die sogenannten Aussiedler und Spätaussiedler. Allein von 1990 bis 2012 wanderten 2,5 Millionen Menschen im Rahmen des Zuzugs von Aussiedlern und Spätaussiedlern u.a. aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Polen und Rumänien nach Deutschland ein. Nachdem die Zuwanderung ihren Höhepunkt 1990 nach Ende des Kalten Krieges und den politischen Reformen in Ost- und Südosteuropa erreicht hatte, ging die Zahl stetig zurück. Seit 1991 kamen im Rahmen des Aufnahmeprogramms für jüdische Kontingentflüchtlinge – sprich Juden und Menschen mit jüdischen Vorfahren aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – 219.604 Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Aus Polen kamen neben den

Foto: Dennis Riffel

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold ist das erste und bisher einzige Museum der Russlanddeutschen und Russlandmennoniten in Deutschland zur Dokumentation und Präsentation ihrer Geschichte und Kultur im internationalen Kontext von Migration und Integration.

deutsch-polnischen Aussiedlern vor allem in den 1980er Jahren politische Flüchtlinge nach Deutschland, nach 1990 waren es Arbeitsmigranten. Bei der großen Zahl von 1,5 Millionen der heute in Deutschland lebenden Menschen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien handelt es sich zumeist um sogenannte Gastarbeiter, die zwischen 1968 und 1973 nach Deutschland reisten und blieben. Ein Großteil der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien kehrte freiwillig oder auf Grund von Abschiebung in ihre Heimatregion zurück.

Integrationsarbeit liegt auch bei der aufnehmenden Gesellschaft

Sogenannte Integrationsleistungen sind nicht nur von Migranten zu erbringen, sondern ebenso von der aufnehmenden Gesellschaft. Am Anfang stehen gegenseitiges Zuhören sowie das Respektieren und Lernen von den Erfahrungen des anderen. Die Grundlage dafür ist eine Kommunikation auf Augenhöhe. Dazu zählt auch, dass die aufnehmende Gesellschaft, die Migrationsleistung sowie das Leid der Opfer der kommunistischen Diktatur würdigt und anerkennt. Integrationskultur vollzieht sich im Wesentlichen auch durch Erinnerungsgemeinschaften. Das metaphorische Miterinnern, obwohl die eigene Erfahrung oder der eigene Bezug zum Ereignis fehlen, ist ein Teil von Inklusion. Die gegenseitige Anteilnahme an Erinnerungen drückt die Wertschätzung anderer Erfahrungen und Lebensumstände aus. Gerade die Lebensumstände und Verhaltensoptionen in einer Diktatur sollten verstärkt thematisiert und nicht verkürzt als ein Leben zwischen „für" und „wider" dargestellt werden, sondern als eine Herausforderung in einem Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand. Hier ist vor allem die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung gefordert. Ebenso obliegt es der Bildungsarbeit in Schulen und Museen, die Migrationsgeschichte der Menschen aus Ost- und Südosteuropa sichtbar zu machen. In dem noch jungen Bereich der Migrationsgeschichte wird die Geschichte der Menschen mit kommunistischen Diktaturerfahren im Vergleich zur Geschichte der „Gastarbeiter" kaum thematisiert. Hier sollte ein neuer Fokus gesetzt werden.

Die gegenseitige Achtung und Anteilnahme kann wertvolle Potenziale aufdecken. Potenziale sowohl bei den ankommenden Menschen als auch bei der aufnehmenden Gesellschaft. Es geht dabei u.a. um Fragen der gegenseitigen Wertevermittlung im Bereich der politischen Bildung (Demokratie und Diktatur), um Fragen der Alltagsgestaltung, der Anerkennung unterschiedlicher Lebenswege und eine gegenseitige Wertschätzungskultur. Dafür sollten wir bereit sein, uns auf besonderes Wissen und neue Handlungswege einzulassen. ■

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin.

Information:

Ruth Wunnicke unter Mitarbeit von Dr. Michael Parak, Dr. Dennis Riffel und Julie Savary
Kommunistische Diktaturerfahrungen und Migrationsgeschichte. Handlungsempfehlungen für Wissenschaft und historisch-politische Bildung
Berlin 2014; Broschiert, 40 Seiten; ISBN: 978-3-00-048378-3

Die Handlungsempfehlung ist das Ergebnis eines Projektes von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Broschüre gibt Empfehlungen und Hinweise für Wissenschaft und die historisch-politische Bildung, die Geschichte und die Erfahrungen von Menschen aus ehemals kommunistischen Staaten zu dokumentieren, zu bearbeiten und die Ergebnisse in die Bildungsarbeit einfließen zu lassen. Sie kann kostenlos über die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin bezogen werden.

Michael Parak

Parlamentarier mit Migrationshintergrund

Das passive Wahlrecht und die Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen

Mandatsträger mit Migrationshintergrund sind in Deutschland ein zeitlich relativ junges Phänomen. Erst 1994 zogen mit Leyla Onur und Cem Özdemir die ersten türkischstämmigen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Das passive Wahlrecht, das heißt, das Recht in ein Parlament gewählt zu werden, ist in Deutschland an die Staatsangehörigkeit gebunden. So dürfen auch nur Personen für den Deutschen Bundestag kandidieren, die den deutschen Pass besitzen. Das deutsche Wahlrecht operiert allein mit den formalen Kriterien „deutscher Staatsbürger" und „Ausländer". Soziologische Kriterien wie die neu eingeführte Kategorie „Migrationshintergrund" sind in Bezug auf Wahlen ohne Bedeutung.

Im deutschen Kaiserreich lebten nur wenige Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, insbesondere aus Österreich-Ungarn, Russland, Italien und den Niederlanden. In der Weimarer Republik betrug der Bevölkerungsanteil der „Ausländer" 1,5 Prozent (1925), auch in der frühen Bundesrepublik bleib der Anteil mit 1,2 Prozent (1961) gering. Erst die Zuwanderung von ausländischen Arbeitsmigranten („Gastarbeiter"), die sich auch dauerhaft mit ihren Familien in der Bundesrepublik niederließen, führte dazu, dass die Anzahl der in Deutschland lebenden Ausländer stark anstieg. Lebten 1975 3,9 Millionen Menschen in Deutschland, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, waren es 2009 7,2 Millionen. Dies entspricht laut Statistischem Bundesamt einem Bevölkerungsanteil von 8,7 Prozent.

Durch die Koppelung von Wahlrecht und Staatsangehörigkeit ist für einen großen Kreis an Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, die politische Teilhabe eingeschränkt. Sie besitzen nicht das aktive und passive Wahlrecht und können sich daher nicht an Wahlen beteiligen. Dies gilt im besonderen Maße für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und den Landtagen. Für Kommunal- und Europawahlen hat der Vertrag von Maastricht 1992 Regelungen geschaffen. Demnach besitzen alle EU-Bürger bei diesen Wahlen das aktive und passive Wahlrecht. Die Bestimmungen betreffen allerdings nicht die Bürger sogenannter „Drittstaaten" außerhalb der Europäischen Union.

Foto: Sedat Mehder

Kam 1994 als erster türkischstämmiger Abgeordneter in den deutschen Bundestag: Cem Özdemir

Erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Seit 1987 konnten die ersten Abgeordneten mit Migrationshintergrund als Abgeordnete in die Parlamente einziehen: In diesem Jahr wurden Sevim Çelebi in das Berliner Abgeordnetenhaus und 1989 Leyla Onur in das Europaparlament gewählt. 1994 zogen Leyla Onur und Cem Özdemir in den Deutschen Bundestag ein. Diese Abgeordneten sind deutsche Staatsangehörige: von Geburt an, oder weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt haben und „eingebürgert" wurden.

Parlamentarier mit Migrationshintergrund waren und sind Vorurteilen und Anfeindungen ausgesetzt, die im Kern darauf abzielen, sie auf ihre Herkunft zu reduzieren. Diesen Fremdwahrnehmungen liegt ein Verständnis zu Grunde, das über das Abstammungsprinzip („ius sanguinis") die Zugehörigkeit und eben auch die Nicht-Zugehörigkeit zu einer imaginierten „Nation" regelt. Demgegenüber wird übersehen, dass politische Teilnahme die „aktivste Dimension der Staatsbürgerschaft" darstellt. Politische Partizipation in Form von Mandatsbekleidung ist ein explizites Beispiel dafür, sich für die Gegenwart und die Zukunft eines Landes einzusetzen. Zugleich ist es auch ein Appell an Neubürger, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen.

Infolge von Einbürgerungen und dem damit verbundenen Wahlrecht sind ehemalige Ausländer eine politische Größe geworden, die eine stärkere Beachtung findet. Ihre Zahl beträgt rund 2,4 Millionen, wobei etwa die Hälfte der 2009 wahlberechtigten Einwanderer als Aussiedler nach Deutschland gekommen sind. Bei der letzten Bundestagswahl hatten neun Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund.

Die Frage der Repräsentation

Mit der Frage nach der Repräsentation von Migranten in Parlamenten verbindet sich die grundsätzliche Frage, inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen auch durch Mandatsträger auf der höchsten politischen Ebene des Staates repräsentiert werden sollten. Eine weit unter dem Bevölkerungsanteil liegende Repräsentanz kann ein Indiz dafür sein, dass eine Gruppe im Hinblick auf den Zugang zu

solchen Positionen benachteiligt ist. Eine Bevölkerungsgruppe, die sich nicht durch Vertreter in der politischen Elite repräsentiert fühlt, ist möglicherweise geneigt, die dort getroffenen Entscheidungen nur in geringerem Maß zu akzeptieren. Zudem kann eine Unterrepräsentanz in der Politik auch dazu führen, dass Parteien und Parlamente zu wenig über die Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppe wissen.

Die reine Fokussierung auf die Tatsache, wer die ersten Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund waren bzw. auf die reine Anzahl der Parlamentarier mit Migrationshintergrund, verengt das Thema. Auch eine Beschäftigung mit anderen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, die den Weg ins Parlament gefunden haben, ist lohnenswert.

Die Parlamentarier mit Migrationshintergrund sollten als aktive Bürgerinnen und Bürger, die die Gesellschaft mitgestalten, in den Blick genommen werden. Sie agieren als Fachpolitiker in unterschiedlichen Themenfeldern und ihre politische Agenda ist nicht auf ein Thema verkürzt, wie sie auch nicht die Lobbyvertreter einzelner Migrantengruppen sind. Parlamentarier mit Migrationshintergrund weisen auf die, „Grenzen zwischen ihrer Herkunft und Repräsentationsarbeit in der Politik als deutsche Politiker" hin.

Unter den gewählten Volksvertretern mit Migrationshintergrund gibt es einen sehr hohen Anteil türkischstämmiger Politikerinnen und Politiker. Erklärungsmuster dafür können u. a. die Erfahrung kollektiver oder sogar individueller Benachteiligung und Diskriminierung sein. Dahingegen ist es augenfällig, dass aus dem Kreis derjenigen, die als (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland, kamen, nur wenige den Weg in die aktive Politik finden. Neben sozialen Faktoren kann hier auch eine persönliche Distanz zu Parteien und dem politischen Betrieb eine Rolle spielen. ■

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

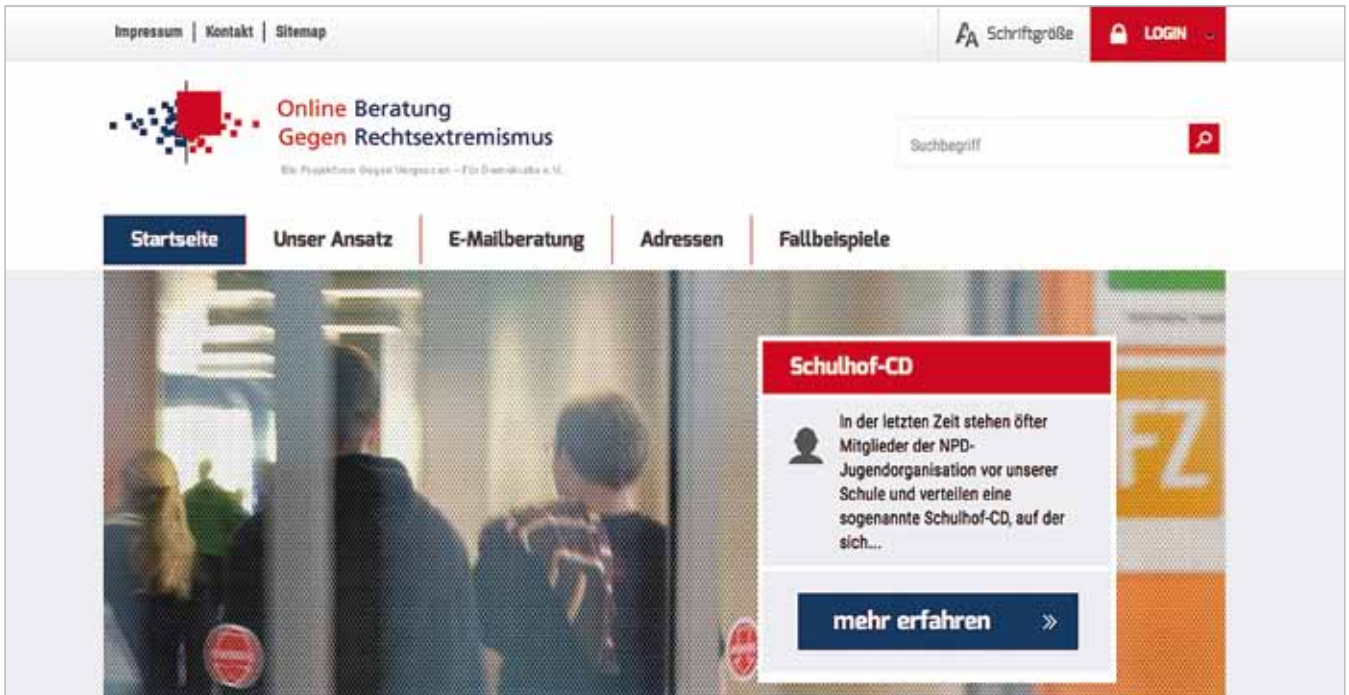
Information:

Der Text ist ein Auszug aus dem von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. erarbeiteten, 2013 bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienenen Materialienband „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft. 46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung." (S. 178-179).

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft.
46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung.
Bundeszentrale für politische Bildung und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. (Hsg)
Berlin 2013; 354 Seiten;
Bestellbar über die Bundeszentrale für politische Bildung unter: www.bpb.de/152618 unter Bestellnummer 2485, für eine Bereitstellungspauschale von 7,00 €

Anzeige

Besuchen Sie auch unter: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



Cornelia Schmalz-Jacobsen

Nicht schwarz und weiß und weiß und schwarz

Rede zur Verleihung des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“

Am 22. November 2014 nahmen die Schwestern Yasemin und Nesrin Şamdereli in Leipzig den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ für Ihren Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“ entgegen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, hielt die Laudatio auf die Preisträgerinnen, aus der wir Auszüge veröffentlichen:

Wir zeichnen den Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“ aus und damit die Schwestern Yasemin und Nesrin Şamdereli. Dieser bemerkenswerte Film ist im Jahr 2011 herausgekommen. Er hat viele Preise bekommen, sehr gute, sehr hoch dotierte. Was machen wir jetzt? Ist es ein Nachklapp, nach drei Jahren? Man muss ja zugestehen, drei Jahr später sind drei Jahre später! Aber wir haben uns als Jury gedacht, es ist nie zu spät, ein so schönes Kunstwerk auszuzeichnen. Was uns so gut gefallen und uns als Jury überzeugt hat, ist, dass hier eine Gesellschaft in Vielfalt, eine Familie in Vielfalt gezeigt wird, sehr menschlich und ganz ohne Zeigefinger. Wir erleben Einsicht, wir erleben Wahrheiten, wir erleben viel Humor und wie sich die Dinge und die Ansichten im Laufe der Jahre ändern können – und geändert haben, in Deutschland wie auch in der Türkei. Es sind nach meinem Gefühl vor allem die Bilder, beinahe noch mehr als die Dialoge, die diese Geschichte von Hüseyin und seiner Familie über einen Zeitraum von 50 Jahren erzählen und sehr plastisch machen. Meine Damen und Herren, ich habe ungefähr zwanzig Jahre auf so einen Film gewartet. Und ich habe mit mir eine Zeitreise gemacht. Als ich Bundesbeauftrage für Ausländerfragen war, so hieß das, in den Jahren 1991 bis 1998, da gab es schon einen Preis, der Civis-Preis heißt, und heute mit Smoking und Abendkleid gefeiert wird. Zu meiner Zeit war das noch ein relativ bescheidenes Unternehmen. Die Filme, die uns eingereicht wurden, und die wir alle ansehen mussten, waren klischeebehaftet, und natürlich immer bierernst … Differenzierte Sichtweisen, oder gar Humor oder Ironie, nein,

Foto: Ulrich Mählert

Laudatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen und Vorsitzender Wolfgang Tiefensee mit den Preisträgerinnen Yasemin und Nesrin Şamdereli.

Fehlanzeige, das tat man nicht. Vielleicht braucht so etwas seine Zeit. Yasemin und Nesrin Şamdereli haben die Zeit genutzt, wohl auch die eigenen Erfahrungen mit ihrer Familie. Es gibt viel Autobiografisches in diesem Film, das kann man sich zusammenreimen oder entdecken. Die beiden haben zehn Jahre gebraucht, ehe sie den Film präsentieren konnten. Sie mussten immer wieder Geldgeber suchen. Und ich kann mir das so richtig vorstellen, dass die potentiellen Geldgeber gesagt haben: Ach nee, wer will denn so einen Film sehen. Aber es hat dann doch funktioniert. Die Geschichte der Filmfamilie und auch der eigenen Familie ist klassisch. In beiden Fällen war es der Großvater, der junge Großvater. Anfang der 60er Jahre sind die Männer nach Deutschland gekommen, später konnten sie dann ihre Frau und die Kinder nachholen. Eines dieser Kinder übrigens aus der echten Familie Şamdereli ist der Vater von unseren beiden Schwestern hier. Sie sind Ruhrgebietskinder, in Dortmund aufgewachsen, in einem sehr deutschen Umfeld. Katholische Grundschule, später Abitur, solide Ausbildung in München, beziehungsweise an der Deutschen Film- und Fernsehakademie in Berlin. Beide Schwestern machen etliche Jahre erfolgreich Filme für das Fernsehen. „Almanya“ ist ihr erster Kinofilm, und der wurde dann gleich zum großen Erfolg, was mich sehr freut, ein sehr verdienter Erfolg. Das Geheimnis nun dieses Films ist natürlich in erster Linie ihr Talent und ihr Können. Aber es steht doch noch etwas anderes dahinter, glaube ich. Nämlich die Liberalität und Offenheit ihrer Eltern. Ihr Heranwachsen widerspricht so ganz dem Klischee der unterdrückten türkischen Mädchen. Ich für meinen Teil, in der Arbeit die ich gemacht habe damals, wusste schon lange, dass es auch diese Beispiele gibt. Denn ich bin vielen türkischen Familien begegnet, in denen die Mütter manchmal noch Analphabetinnen waren, aber die Eltern einfach ganz sicher waren, wir müssen etwas für die Zukunft unserer Kinder tun, wir müssen ihnen Freiheit lassen, wir müssen ihnen Ausbildung angedeihen lassen. Und das taten sie dann auch. Zwei solche Töchter der zweiten Generation waren in den 90er Jahren meine Mitarbeiterinnen. Sie hatten Abitur, sie haben studiert, und sie wurden gefördert von ihren Vätern, die als Arbeiter hergekommen waren und auch Arbeiter geblieben sind, aber sie wurden gefördert. Die Öffentlichkeit wollte das damals überhaupt nicht gerne zur Kenntnis nehmen. Ich erinnere mich lebhaft an ein Fernsehteam, das eines Tages bei mir erschien, und mich bat, ihnen eine Türkin für einen Film zu vermitteln. Ich bat ganz einfach meine türkische Mitarbeiterin Necla rein und sagte: „Hier, diese Frau macht das sicher gerne.“ Ich merkte, wie die Kinnladen herunterfielen. Dann verließ Necla wieder mein Büro, und die beiden

Herren sagten: „Aber doch nicht sowas, Frau Schmalz-Jacobsen, wir wollen eine richtige Türkin, so eine mit Kopftuch, die schlecht deutsch spricht!“ Ich habe die beiden beschimpft, ihrer Wege geschickt und ihnen gesagt: „Ihr wollt immer und immer wieder ein Klischee bedienen, das geht doch nicht!“. Es hat dann ja eine gewisse Zeit gebraucht, ehe sich das geändert hat. Dieser schöne Film erzählt mit sehr einfühlsamem Humor, wie unterschiedlich sich die einzelnen Familienmitglieder in so einer Familie entwickeln können. Dabei bleibt der Großvater, Opa, immer der Mittelpunkt der Familie, aber er übt keinen Druck aus. Ein Sohn ist mit einer blonden Deutschen verheiratet, ein anderer ist unglücklich und steht vor der Scheidung, der dritte beschließt nach einer Reise in die Türkei dort zu bleiben. Es gibt wunderbare Szenen, zum Beispiel fragt der kleine Cenk, das Kind von der blonden Deutschen und dem Türken, der wohl inzwischen auch Deutscher ist: „Sag mal, was bin ich denn nun, bin ich jetzt Deutscher oder bin ich jetzt Türke?“. Und die Mutter sagt wie aus der Pistole geschossen: „Deutscher!“, der Vater im gleichen Atemzug „Türke!“. Das Kind, ungefähr acht Jahre alt, sagt: „Ja was mache ich denn damit? Ich kann doch nur eines sein! Das geht doch nicht, dass man zwei Sachen ist, dann kann ich ja gar nicht richtig Fußball spielen, denn das eine ist die türkische Seite und das andere ist die deutsche Seite hier auf unserem Schulhof!“. Manchmal ist das mit der Heimat oder den Heimaten kompliziert und manchmal eigentlich überhaupt nicht. Ich erinnere mich an ein deutsch-polnisches Kind, das sagte: „Du bist das, und du bist das, und mir gehört beides!“. Vor ein paar Tagen habe ich folgenden interessanten Satz von einem Deutschen gehört, der vor Jahren aus dem Iran geflohen ist: „Ich bin voll assimiliert, aber nicht voll integriert.“. Wie bitte? Meine griechische Großmutter hätte genau diesen Satz so sagen können, mit einer anderen Wortwahl, die Worte Assimilation und Integration kannte man damals noch nicht. Aber sie hat das bestimmt so empfunden. Man kann das ganze natürlich auch umdrehen und sagen: voll integriert, noch nicht voll assimiliert, eigentlich egal. Wie herum man es dreht, es bedeutet doch eines, und das zeigt uns der Film „Almanya“ mit Tiefsinn und Augenzwinkern: Es gibt nicht so einfach schwarz und weiß und weiß und schwarz. Es gibt viele, viele Schattierungen. Und wenn wir ehrlich sind, empfinden wir diese Schattierungen für uns selbst auch. ■

Die gesamte Rede sowie die Laudatio zum Waltraud-Netzer-Jugendpreis finden Sie unter www.gegen-vergessen.de

Linda Teuteberg

Toleranz und Identität

Was wir in den Tagen nach den brutalen Anschlägen in Paris erlebt haben, ist für mich in vielerlei Hinsicht eine Lektion. Da ist zunächst die Freude darüber, wie unser Nachbarland reagiert hat auf die Morde an Journalisten, Juden und Polizisten. Sicher – wie viele von uns habe auch ich von der freiheitlichen, der revolutionären Tradition der Franzosen gehört. Aber mit dieser massenhaften, entschlossenen Antwort von Millionen habe ich dann doch nicht gerechnet. Diese Reaktion ist nicht nur in ihrer Vielfalt, sondern auch in ihrem Ausmaß als historisch zu bezeichnen. Paris war an diesem Tag die Hauptstadt der freien Welt. »

Dresdener Kundgebung: Pegida ist nicht das Volk. 35.000 Menschen demonstrierten am 10. Januar allein in Dresden für eine weltoffene Gesellschaft in Vielfalt.

Foto: Bernd Gross/Wikipedia

» Grund für die breite Anteilnahme war auch, dass die Anschlagserie an der Seine die westliche Werteordnung ins Mark getroffen hat. Ziel waren die mutigen Karikaturisten von „Charlie Hebdo“ und damit die Meinungs- und Pressefreiheit generell. Aber auch Polizisten und die Besucher des jüdischen Geschäfts gerieten ins Fadenkreuz der Extremisten und damit ebenso rechtsstaatliche Ordnung und Religionsfreiheit. So waren Menschen allen Alters und jeder Hautfarbe, aller Religionen und Gesellschaftsschichten betroffen und zeigten ihre Entschlossenheit gemeinsam im ganzen Land. Dies ist ein Beweis dafür, dass sich Europa auch heute noch auf seine besten Traditionen stützt. Für uns Deutsche liegt darin sicher auch eine Aufforderung zur Nachdenklichkeit. Unser Nachbarland tut sich in mancherlei Hinsicht schwer. Aber es ist und bleibt überaus verlässlich, wenn es um die Verteidigung der Freiheit geht. Das ist in Paris und in ganz Frankreich die Folge einer stolzen Geschichte – eine französische Form des „Gegen Vergessen“.

Wir neigen hier zuweilen dazu, solche Errungenschaften zu gering zu schätzen. Die „Große Nation“, die in Frankreich parteiübergreifend und in kaum vorstellbarem Ausmaß auf die Straße ging, sollte uns trotz des traurigen Grundes mit Freude erfüllen. Unser wichtigster Verbündeter ist im Moment der Gefahr ein Fels der Freiheit. Von Paris geht daher ein Impuls, eine Botschaft aus an den Rest der Welt: Wir nehmen es nicht hin, wenn unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Rechtsordnung mit Füßen getreten werden.

Unsere Auseinandersetzung, unsere Debatten hier in Deutschland sind von einer anderen Geschichte geprägt. Auch deswegen schmerzt es mich ganz besonders, wenn ich miterleben muss, dass eine politische Kraft sich zu verfestigen beginnt, die vordergründig Ansprüche einer demokratiefernen Form der Religionsausübung abzuwehren vorgibt. Denn dabei wird etwas Entscheidendes übersehen: Kern der Freiheit ist es, jeder wie auch immer gearteten Form von Glaubensbekenntnis nur dort Grenzen zu setzen, wo die Rechte anderer angegriffen werden. Unsere Demokratie sollte der Garant dafür sein, dass in unserem Land keiner Angst zu haben braucht vor Herrschaftsansprüchen welcher Religion auch immer.

Das, was sich bei der Pegida oder der AfD vordergründig als Abwehrreaktion auf solche Ansprüche eines fremden Glaubensbekenntnisses verkauft, ist tatsächlich nur eine Tarnkappe für eine kaum weniger gefährliche Form der Intoleranz. Es geht nicht in erster Linie gegen bestimmte Erscheinungsformen des Islams, die tatsächlich nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sind. Es geht um die Mobilisierung gegen das, was in einer offenen Gesellschaft an kultureller und ethnischer Vielfalt akzeptiert werden sollte. Hinter der Denunziation des Islam verbirgt sich der Unwille zur Integration.

Die Reaktion auf unser noch gar nicht so lange zurückliegendes dunkles Zeitalter des Nationalsozialismus ist der wohl wichtigste Satz unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Diese Würde ist nicht etwa beschränkt auf Deutsche, auf Christen oder Juden oder auf Atheisten. Diese Würde spricht unsere Verfassung allen zu. Natürlich auch den Muslimen und auch denen, die sich als solche verirren in politische Vorstellungen, die wir bekämpfen und ablehnen müssen. Und genau hier wird das Auftreten von Pegida und AfD zur politischen Herausforderung. Denn diese Bewegung verweigert den bei uns lebenden Immigranten wie auch den Flüchtlingen, die noch bei uns Zuflucht suchen werden, diese Würde. Sie macht sie zu Objekten einer Prüfung auf Verträglichkeit mit diffus formulierten Wertvorstellungen. Es ist eine perfide Form der Geschichtsverfälschung, wenn ausgerechnet hier in Deutschland von den Propagandisten einer Abschottungspolitik auf das christlich-jüdische Erbe Bezug genommen wird.

Als Christin weiß ich, wie sehr sich viele meiner GlaubensgenossInnen im Laufe der Jahrhunderte verirrt haben. Der Kern der Botschaft des Jesus von Nazareth, die Nächstenliebe, ist allzu oft vergessen worden. Lange wurde sie nur von denen bewahrt, die am Rande der Christenheit dafür kämpften – den Quäkern beispielsweise. „Gott mit uns“ stand auf den Koppelschlössern der deutschen Soldaten, die mit ihren Feldzügen den Weg frei machten für den Völkermord an den europäischen Juden.

Foto: Karoline Wolf

Linda Teuteberg

Die Auseinandersetzung um die scheinbare, tatsächlich zumindest in weiten Teilen Ostdeutschlands nirgendwo vorzufindende Islamisierung der Gesellschaft ist in Wirklichkeit ein Streit darum, wie viel an Offenheit und Toleranz wir uns zutrauen. Sie zeigt auch, wie wenig gefestigt wir darin sind, unseren Grundwerten das Gewicht beizumessen, das sie haben. Was wir brauchen, ist ein Aufruf zur Verteidigung der Integration.

Natürlich sind die meisten derer, die in Dresden auf die Straße gehen, keine Verfassungsfeinde, auch die meisten der AfD-Wähler nicht. Und natürlich müssen wir ihre Ängste und Befürchtungen ernst nehmen. Doch genauso engagiert müssen wir dort widersprechen, wo sie sich politisch verirrt haben: Nicht nur ihre Würde, die Würde eines jeden unter uns ist unantastbar! Wer andere ausgrenzt, ihnen das Recht auf Zuflucht abspricht, der stellt all das in Frage, was wir nach den schrecklichen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts gelernt haben sollten.

Allerdings muss eine funktionierende Demokratie eine Bewegung wie Pegida ertragen können, ebenso wie sie Parodien, Karikaturen und Blasphemie aushalten kann. Voraussetzung ist, dass dies auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschieht. Die 35 000 Gegendemonstranten, die für ein Dresden der Weltoffenheit und

Linda Teuteberg ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Mitmenschlichkeit auf die Straße gegangen sind, und die unzähligen Teilnehmer der vielen Anti-Pegida-Kundgebungen in ganz Deutschland geben ohnehin die beste Antwort, die eine selbstbewusste Bürgergesellschaft zu bieten hat.

Eines aber ist auch klarer denn je: Nein, „Das Volk" sind die Pegida-Demonstranten nicht. Sie sind ein kleiner Teil einer liberalen Gesellschaft, in der alle das Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung selbstverständlich wahrnehmen dürfen. Das Versammlungsverbot von Dresden muss eine absolute Ausnahme bleiben. Es mag in der Hektik der Tage nach den Anschlägen von Paris angebracht gewesen sein. Doch unser Staat hat auch die Rechte von Pegida-Anhängern zu schützen. Vor allem aber – bevor wir uns all zu sehr verstricken in kleinliche Debatten: Schauen wir nach Frankreich, lassen wir uns von einer in die Jahre gekommen, aber doch noch sehr vitalen demokratischen Nation anstecken in der entschlossenen Abwehr jeder Form der Tyrannei. ■

Widerstand in vielen Facetten

Die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Ab dem 2. Juli 2014 präsentiert die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in den historischen Räumen des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 die neue Dauerausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus". Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., beantwortet im Interview die Fragen von Markus Bauer:

Was fasziniert Sie am Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur?

In meinen früheren Arbeiten habe ich mich mit der Gestapo, Konzentrationslagern und der Verfolgung befasst. Als mich aber mein Kollege Peter Steinbach 1983 fragte, an der damaligen neuen Dauerausstellung mitzuarbeiten, hat mich das Thema sofort gepackt und bis heute nicht losgelassen. Es ist schön, im Zusammenhang mit der NS-Diktatur nicht nur Mord, Terror und Verfolgung zu erforschen, sondern sich auch mit Menschen zu befassen, die etwas gegen diese Diktatur unternommen haben.

Sie haben sich zum zweiten Mal an einem neuen Konzept der Dauerausstellung beteiligt. Was unterscheidet die alte von der neuen?

Wir konnten die Erfahrung von 30 Jahren einfließen lassen. Die neue Ausstellung ist zu allererst komplett barrierefrei. Menschen mit Behinderung können sich frei bewegen. Der Audio- und Videoführer ist in Gebärdensprache und mehreren Fremdsprachen verfasst.

Und inhaltlich?

Die Ausstellung ist noch präziser in Wort- und Formensprache geworden. Früher war der Widerstand gegen den National- »

Fotos: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Blick in die neue Ausstellung

» sozialismus noch nicht so akzeptiert wie heute. Wir waren gezwungen, sehr stark zu dokumentieren, um zu beweisen: Seht her, dieses Ereignis ist auch eine Form des Widerstands. Diese breiten Belege brauchen wir heute nicht mehr. Wir können uns darauf konzentrieren, die Ziele der Widerstandskämpfer vorzustellen – was sie wollten, was sie gemacht haben und was aus ihnen geworden ist.

Ein Beispiel bitte. Was mussten Sie in den 80er Jahren noch gut dokumentieren?

Früher stellten wir 40 Dokumente zum Widerstand der Arbeiterbewegung aus, heute sieben. Diese sind aussagekräftig genug. Das Exil – für uns ein unbestrittener Bestandteil des Kampfes gegen den Nationalsozialismus – war heftig umstritten. Gruppen wie die Rote Kapelle und das Nationalkomitee Freies Deutschland, eine Gruppe von Kriegsgefangenen und Kommunisten, waren lange Zeit gesellschaftlich nicht anerkannt als Widerstandskämpfer. Auch deutsche Soldaten in alliierten Armeen zählten nicht dazu, sondern waren „Vaterlandsverräter". Streit herrschte auch darüber, ob wir Marlene Dietrich in amerikanischer Uniform zeigen dürfen.

Warum ist das Widerstand für Sie?

Weil sich Marlene Dietrich öffentlich als Deutsche gegen Adolf Hitler und den Nationalsozialismus gestellt hat. Damit ist sie für Meinungsfreiheit und Demokratie eingetreten.

Ist der Widerstand heute also gesellschaftlich akzeptiert?

2004 sprach sich zum ersten Mal in einer repräsentativen Umfrage vom SPIEGEL eine Mehrheit in der Bevölkerung dafür aus, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wichtig und ehrenhaft war. Wir Historiker rechnen oft in Generationen. Es hat also zwei Generationen, 50 Jahre, gedauert, bis der Widerstand akzeptiert worden ist.

Woran liegt das?

Das ist ein langer Prozess. In der Nachkriegszeit wurden Widerstandskämpfer als Verräter angesehen, die etwas „gegen" Deutschland gemacht hätten. Das wirkt sich bis in die Entschädigungspraxis aus. Witwen von Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 mussten bis in die 1960er Jahre warten, ehe ihnen Pensionen ausgezahlt wurden. Widerstandskämpfer waren nicht nur nicht geachtet, sondern geächtet. Der Grund dafür ist einfach: Wenn sie ein Bild eines Widerstandkämpfers entwerfen, entwerfen sie immer auch das Gegenbild zu Anpassung und Opportunismus. Und wer will schon damit konfrontiert werden, ein Wegducker gewesen zu sein, ein Mitläufer oder Opportunist? Viele haben lieber verdrängt, dass es selbst unter den Bedingungen der NS-Diktatur noch Handlungsmöglichkeiten gab. Erst ab den späten 1960er Jahren setzte langsam ein Umdenken ein.

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Biografien im Mittelpunkt: Hier die Beteiligten des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944.

Den Widerstandskämpfern wurde oft fehlender Patriotismus vorgeworfen, gerade denen im Exil.

Die Widerstandskämpfer waren die eigentlichen Patrioten. Sie haben sich für Menschenrechte und gegen die Diktatur eingesetzt. Aber Sie müssen bedenken, dass die Bevölkerung nach 1945 nicht ausgetauscht wurde. Diejenigen, die nach dem Krieg 14 oder 15 Jahre alt waren, erlebten ihre Prägung größtenteils unter NS-Herrschaft. Ihre Weltanschauung ist zusammengebrochen. Deshalb haben sie sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentriert. Sie wollten von den Verbrechen und dem Widerstand nichts hören.

Es geht um einen Generationenwechsel?

Darum und dass in den 1960er und 1970er Jahren die Frage der Kinder an die Eltern kam: Wie habt ihr euch eigentlich damals verhalten? Dieser Generationenkonflikt spielt heute überhaupt keine Rolle mehr. Wir können uns die grundsätzlichen Fragen stellen: Was heißt es, Widerstand zu leisten? Und was heißt es, nach Handlungsoptionen in der Diktatur zu suchen? Heute sind wir unbefangener.

Interessiert sich denn die Jugend für das Thema?

Sehr – auch wenn vielleicht manche Klasse nicht aus eigenem Willen kommt. Jede Ausstellung steht und fällt mit der Motivation und Vorbereitung der Schüler. Aber über mangelndes Interesse können wir uns nicht beklagen. Wir können den Schülern viele verschiedene Angebote machen: Führungen, Seminare, die Arbeit mit mehreren Widerstandsgruppen oder ganz intensiv nur mit einer. Wir erreichen die Schüler immer.

Wie?

Der biografische Ansatz funktioniert in allen Altersgruppen. Wir erzählen die Geschichte des Widerstands über Menschen, nicht über abstrakte Ideologien oder Wertvorstellungen. Wir haben allerdings festgestellt, dass sich die Aufmerksamkeitsspannen verkürzen. Wir müssen unseren Stoff schnell und präzise vermitteln und haben die Zahl der Dokumente begrenzt. Wir haben zum Beispiel eine Wand mit nur einem aussagekräftigen Zitat gefüllt: „Darum rufen wir euch zu: Lasst euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen.",

Foto: Dennis Riffel

Erklärt das Konzept der neuen Ausstellung: Prof. Dr. Johannes Tuchel.

sagte ein Widerstandskämpfer 1941. Das reicht. Über dieses Zitat kann ich zwei Stunden diskutieren.

Ihre Dauerausstellung beherbergt viel Flachware, also Zitate, Flugblätter, andere Texte und Fotos – und wenige dreidimensionale Objekte.

Was sollen wir denn ausstellen? Den Bombenkoffer von Stauffenberg? Sein Klavier? Das sagt wenig über seine Motivation und Ziele aus. Wir kommen gut ohne das aus. Die Besucher können flotten Schrittes alle 18 Abteilungen besichtigen oder sich einzelnen ausgiebig widmen. Mit Gruppen legen wir drei oder vier Themen fest, die sie besonders interessieren, die an ihre Lebenswirklichkeit anknüpfen oder an die Region, aus der sie kommen. Wir können aus allen Bereichen des Widerstands Geschichten erzählen und Menschen vorstellen.

Es gibt auch viele Computerbildschirme in der Ausstellung.

Da kann man sich schnell vertiefen. Wir erzählen die Lebensgeschichte von Widerstandskämpfern, zeigen Fotos, Briefe, andere Dokumente, Zeittafeln und vieles mehr. Viele Besucher fotografieren und filmen mit ihren Smartphones die Texte in den Räumen ab. Das lassen wir alles zu. Uns ist der Weg egal, wie sie sich mit dem Thema beschäftigen. Solange sich der Besucher überhaupt mit einem Widerstandskämpfer beschäftigt, haben wir unser Ziel erreicht.

Was ist konzeptionell neu?

Wir verfolgen einen integrativen Widerstandsbegriff. Alle Formen des Kampfes gegen den Nationalsozialismus von Deutschen berücksichtigen wir: Partisanengruppen, deutsche Soldaten in alliierten Armeen, politische Milieus wie die Arbeiterbewegung oder den Widerstand aus christlichem Glauben heraus, und die Weitergabe einer Propagandapostkarte der Alliierten, worauf ein Todesurteil stand. Wir wollen die Vielfalt des Widerstands zeigen. Wobei wir nicht vergessen dürfen, dass ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung etwas gegen die Nationalsozialisten tat. Der Besucher darf nicht mit dem Gefühl rausgehen, die Deutschen waren ein einig Land von Widerstandskämpfern. Das war nicht so.

Gibt es Neuentdeckungen unter den Widerstandskämpfern?

Für uns gibt es keine – auch wenn mancher Besucher heute mit diesem Gefühl rausgeht. Manches ging früher leider in der Fülle verloren.

Sie setzen ganz unterschiedlich Akzente. Georg Elser hat zum Beispiel einen eigenen Raum – ebenso wie die Arbeiterbewegung als Ganzes.

Die Arbeiterbewegung ist ein Milieu, das wir vorstellen; Elser war ein Einzeltäter. Aber sie finden in allen Milieus oder Gruppen Einzelschicksale. Elser haben wir deshalb so hervorgehoben, weil er in einer bedeutenden Zeit, zwei Monate nach dem Überfall auf Polen, zwei Dinge zeigt: Er räumt mit dem Vorurteil auf, dass so etwas wie ein Tyrannenmord nur dem engsten Führungszirkel um Hitler möglich war. Und zweitens verübte er das Attentat vor dem Massenmord an den Juden. Man kann sich mal die Zeit nehmen und vorstellen, was passiert wäre, wenn Hitler nicht 13 Minuten vor der Explosion den Raum verlassen hätte.

Lernen die Besucher etwas in der Dauerausstellung?

Da sind wir immer sehr vorsichtig. Besuche in Gedenkstätten sind kein antitotalitärer Impfstoff, hat meine Kollegin Barbara Distel, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, gesagt. Wenn man Schüler zwei Stunden dahinschickt, dann kommen sie nicht als gute Demokraten wieder raus. Die Schüler können erkennen, dass es selbst in einer Diktatur Handlungsmöglichkeiten gibt. Dass sie auch in einer Demokratie die Verantwortung dafür tragen, dass das politische System funktioniert und nicht in Gefahr gerät oder gar gestürzt wird. ■

Das Interview führte **Markus Bauer**, Historiker und Parlamentskorrespondent für das Magazin „Focus“.

Volker Schröder

Positiv erinnern!

Die „Aktion 18. März“ in Berlin

„Lassen Sie mich das als ehemalige Lehrerin sagen: Mit Lob erreicht man mehr als mit Tadel. Und deshalb ist es wichtig, dass wir uns zur Stärkung der Demokratie an die positiven Daten in der deutschen Geschichte erinnern!“, sagte Hanna-Renate Laurien am 18. März 2008 während der Gedenkstunde für die Märzgefallenen. Seit 1998 veranstaltet die „Aktion 18. März“ immer am Nachmittag dieses Tages auf dem „Platz des 18. März“ vor dem Brandenburger Tor eine Gedenkstunde.

Die Bürgerinitiative wurde 1978 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz, und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz als „Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“ gegründet. Sie forderte die Besinnung beider deutscher Staaten auf ihre gemeinsame demokratische Geschichte. Im Westen sollte der 18. März den 17. Juni ablösen, im Osten den 7. Oktober.

Der Grafiker Thomas Mallau hatte für die „Aktion 18. März“ ein Plakat in Schwarz-Rot-Gold gestaltet. Das Werk war als Linolschnitt ausgeführt, als Kernstück enthielt es die Parole: „Konservative, Christen, Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten, Parteilose, Liberale, Unabhängige – gemeinsam für ein demokratisches, friedliebendes und vereintes Deutschland“. Dabei standen die Konservativen, Christen, Antifaschisten in dem schwarzen Feld, die Sozialisten und Kommunisten in dem roten und die Parteilosen, Liberalen und Unabhängigen in dem goldenen Feld.
Mit einer Anzeige in der Frankfurter Rundschau trat die „Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“ am 2. Januar 1979 an die Öffentlichkeit. In der DDR wurde der Vorschlag totgeschwiegen, in der Bundesrepublik mehr oder weniger belächelt und als unrealistisch betrachtet. Allerdings gab es damals in der Wochenzeitung „Die Zeit“ einen Artikel mit der Bemerkung „Verachtet mir die Dichter und die Träumer nicht“.

Anlässlich der 150. Wiederkehr des 18. März 1848 wurde vom Bezirk Berlin-Mitte 1998 die Benennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“ gefordert. Der Senat behinderte die Benennung und erst nach der Kampagne „1848 Unterschriften für den Platz des 18. März“ erfolgte 2000 die offizielle Benennung.

Der Friedhof der Märzgefallen im Volkspark Friedrichshain ist die zentrale Gedenkstätte für die Toten der Märzrevolution in Berlin. 1848 wurde gefordert, in der Stadtmitte ein Denkmal zur Ehrung der Märzgefallenen zu errichten. Für die Errichtung dieses Denkmals spendeten viele Menschen Geld. Das Denkmal wurde – bis jetzt – nicht realisiert.

Die „Aktion 18. März“ hat über zehn Jahre lang an jedem 18. März und 17. Juni in Presseerklärungen, Flugblättern, Zeitungsanzeigen und Malaktionen auf die Idee des gemeinsamen Feiertages hingewiesen. Seit 1987 wurden auch Kränze zum Friedhof der Märzgefallenen gebracht. Diese Kranzniederlegungen beobachtete die Stasi. Sie fing auch alle Briefe ab, die an DDR-Zeitungen geschickt wurden. Da die DDR sich ganz bewusst in die Tradition des 18. März stellte, konnte die DDR-Führung es sich aber nicht leisten, öffentlich gegen die Aktion vorzugehen.

1948 wurde der 18. März in allen Sektoren Berlins und der gesamten Sowjetischen Besatzungszone als Feiertag begangen. Der SPD-Politiker und spätere Bürgermeister von West-Berlin Otto Suhr sagte damals: „Wenn das deutsche Volk endlich die Demokratie begreifen will, dann muss es seine Helden des Friedens

Anlässlich der 150. Wiederkehr des 18. März 1848 wurde vom Bezirk Berlin-Mitte 1998 die Benennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“ gefordert. Der Senat behinderte die Benennung und erst nach der Kampagne „1848 Unterschriften für den Platz des 18. März“ erfolgte 2000 die offizielle Benennung.

Quelle: Aktion 18. März

Mit diesem Plakat trat die „Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“ 1978 an die Öffentlichkeit.

und der Freiheit achten lernen.“

In der Bundesrepublik wird bei „Märzrevolution“ in erster Line an die Paulskirche in Frankfurt gedacht. Dort tagte die Nationalversammlung. Auch das wiedervereinigte Deutschland führte die zentrale Erinnerungsfeier zum 150. Jahrestag in Frankfurt durch.

Vor dem Ersten Weltkrieg und auch in der Weimarer Republik hatten hauptsächlich sozialdemokratisch gesinnte Kreise die Märzgefallenen geehrt. Heute wird die Märzrevolution parteiübergreifend positiv beurteilt. Das war nicht immer so. Bismarck meinte 1849: „Gestern war ich im Friedrichshain, und nicht einmal den Toten konnte ich vergeben, mein Herz schwoll von Bitterkeit und Gift über die Meuterer, die Verbrecher, die Mörder, mit deren Gräbern die Berliner heute Götzendienst treiben.“

Nach dem Mauerfall wurde die „Aktion 18. März“ auch im Osten bekannt und es stießen viele neue geschichtlich interessierte Menschen dazu.

In einem offenen Brief wurden die Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR aufgefordert, sich für den 18. März als Nationalfeiertag einzusetzen. Erfolglos. Staatsfeiertag wurde der 3. Oktober.

Wenn nicht arbeitsfreier Feiertag, dann doch wenigstens Gedenktag: Mit prominentester Unterstützung kämpft die „Aktion 18. März“ für dieses Ziel. Gemeinsam mit Peter Brandt, Norbert Lammert, Winfried Kretschmann und Hans-Jochen Vogel forderte sie 2013 den Bundespräsidenten auf, den 18. März als Gedenktag zu verkünden. Das wollte Joachim Gauck nicht, aber er ließ wissen, dass er sich einem einstimmigen und parteiübergreifenden Votum des Bundestags nicht verschließen würde.

Nun kommt es darauf an, im Bundestag für den 18. März zu werben. Ein fraktionsübergreifender Antrag ist formuliert und wird an die Vorsitzenden der Fraktionen verschickt. Der Antragsvorschlag ist auf folgender Homepage zu finden: www.maerzrevolution.de/unterstuetzung/antragsvorschlaege.html ■

Volker Schröder ist Gründer und Sprecher der „Aktion 18. März“.

Gedenkstein in der Gedenkstätte Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain.

Fotos: Historiale e. V.

„Vergiss deinen Namen nicht“ – Die Kinder von Auschwitz

Eine Ausstellung und ein Buch

Ein Jahrhundertwerk: Berührend in seiner Vielfalt und verstörend in seinem Schrecken: Über mehr als drei Jahrzehnte seines Lebens hinweg hat der Autor und Journalist Alwin Meyer Wege zu den Menschen gesucht, die Auschwitz als Kinder oder Jugendliche überlebt haben.

Foto: Boris Buchholz

Justizminister Heiko Maas, Autor Alwin Meyer und Zeitzeugin Dagmar Lieblova eröffneten die Ausstellung, die noch bis zum 29. März 2015 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu sehen ist.

Eigentlich war ihr Schicksal besiegelt, keines dieser Kinder hätte den Holocaust überleben sollen. Auch über dieses Wissen sprechen die Gesprächspartner Alwin Meyers in den über lange Jahre hinweg entstandenen Gesprächsprotokollen, lebenslang konfrontiert mit der Tatsache, dass sie oft als Einzige ihrer Familie übriggeblieben sind. Zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz erschien jetzt das Buch Meyers mit dem Titel „Vergiss deinen Namen nicht“ im Göttinger Steidl Verlag (ausführliche Rezension folgt). Auf der Grundlage des Buches und der in ihm erzählten Lebensgeschichten entstand auch die Ausstellung mit dem gleichen Titel, die Alwin Meyer gemeinsam mit dem Ausstellungsdesigner Karl Lehmann und Christoph Heubner vom Internationalen Auschwitz Komitee erarbeitet hat. Am 22. Januar wurde sie in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ebenfalls aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch den Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, eröffnet. In seiner Rede betonte der Minister: „Die Erinnerung an die Schrecken, die Rassismus und Nationalismus über die Menscheit gebracht haben, ist gerade heute wichtig. In einer Zeit, in der Extremisten erneut Hass sähen und unsere Gesellschaft spalten wollen. Die Anschläge von Paris haben uns erschüttert und die Biedermänner von Pegida werfen ein schlechtes Licht auf unser Land […] Deswegen mein Appell an alle: Kommt in diese Ausstellung: Schaut euch an, was Rassismus und Antisemitismus einst angerichtet haben.“ Als Zeitzeugen und Gesprächspartner von Alwin Meyer waren zu der Eröffnung aus Prag Dagmar Lieblova und aus Kansas City Jack Mandelbaum gekommen: Sie berichteten in dem überfüllten Saal aus ihrem Leben: Ihre Geschichte lässt sie nicht los, Auschwitz hat einen langen Arm. Aber die Hoffnung, dass die Menschen und die Besucher der Ausstellung aus ihrer Geschichte lernen, die wollen sie nicht aufgeben. ■

Buchinformation:

Alwin Meyer
Vergiss deinen Namen nicht – Die Kinder von Auschwitz

Steidl Verlag, Göttingen 2015
Gebundene Ausgabe, 760 Seiten
ISBN: 978-3-86930-949-1 · 38,80 €

Vom Versuch, normal zu bleiben

Cornelia Schmalz-Jacobsen diskutiert mit Jugendlichen über ihr Buch und nimmt Abschied vom Vorstand

Elf Jahre lang hat Cornelia Schmalz-Jacobsen als stellvertretende Vorsitzende die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. geprägt. In der Berliner Stiftung Topographie des Terrors hat sie im November mit jungen Auszubildenden der Volkswagen AG über ihr Buch „Zwei Bäume in Jerusalem" diskutiert – in einer ganz besonderen, persönlichen Form.

Die Auszubildenden suchten zunächst ihre Lieblingsstellen aus dem Buch heraus, das die Geschichte der Eltern von Cornelia Schmalz-Jacobsen erzählt: Donata und Eberhard Helmrich hatten während des Zweiten Weltkriegs mehr als 200 Juden das Leben gerettet und sind dafür in der Gedenkstätte Yad Vashem mit zwei Bäumen in der „Allee der Gerechten unter den Völkern" geehrt worden.

Fotos: Boris Buchholz

Auf dem Podium in der Stiftung Topographie des Terrors diskutierten Auszubildende der Volkswagen AG mit Cornelia Schmalz-Jacobsen. Moderator war Christoph Heubner, geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees.

Anschließend erzählten die Jugendlichen, was sie bei den jeweiligen Textstellen, die Cornelia Schmalz-Jacobsen für alle vorlas, besonders beeindruckte. So hat VW-Mitarbeiter Vincenzo Lanzilotti eine Stelle herausgesucht, in der die Eltern ihre Tochter, damals noch Kind, in ihre Pläne einweihten. Ein großes Wagnis, aber Cornelia Schmalz-Jacobsen berichtete von einem instinktiven Gefühl, das sie damals in jeder heiklen Situation davon abhielt, ihre Eltern unwillentlich zu verraten.

Unter der Moderation von Christoph Heubner vom Internationalen Auschwitz-Komitee entstand eine nachdenkliche, intensive Diskussion über die Möglichkeiten von Widerstand in der NS-Diktatur, aber auch darüber, wie das Vorbild der Helmrichs jungen Menschen auch heute eindrücklich aufzeigen kann, was Haltung und Anstand bedeuten. Zum Beispiel konnten einfache Höflichkeitsgesten wie die von Schmalz-Jacobsens Vater, einem jüdischen Mädchen die Hand zu geben, in Zeiten des grausamen Vernichtungskrieges eine ungeheure Bedeutung erhalten.

Cornelia Schmalz-Jacobsen gemeinsam mit den Mitarbeitern von Volkswagen, Bundespräsident Joachim Gauck und Christoph Heubner (r.).

Cornelia Schmalz-Jacobsen berichtete auch über die Motivation ihrer Eltern, dass diese eigentlich nur „normal sein wollten in einer Zeit, in der die Normalität baden gegangen war".

Zu Gast an dem Abend war auch Bundespräsident Joachim Gauck. Er stellte die Bedeutung der „stillen Helden" während der NS-Zeit heraus und dankte Cornelia Schmalz-Jacobsen für ihr langjähriges Engagement auch gegen Rechtsextremismus und für die Integration von Migrantinnen und Migranten.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung in Leipzig am 22. November hat sich Cornelia Schmalz-Jacobsen aus dem Vorstand der Vereinigung verabschiedet. Sie betonte die gute Atmosphäre in allen Gremien der Vereinsarbeit und wies darauf hin, dass sie sich auch in Zukunft auf dem einen oder anderen Weg für die Vereinigung engagieren möchte, denn schließlich sei sie „nicht aus der Welt". ■

Mitgliederversammlung 2014

Mehr Raum für Diskussion

Die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. tagte am 22. November 2014 auf herzliche Einladung des Leipziger Oberbürgermeisters Burkhard Jung im Leipziger Neuen Rathaus. Vorstand und Beirat sowie die Regionalen Sprecher der Vereinigung hielten bereits am Vorabend in der Deutschen Nationalbibliothek ihre Gremiensitzungen ab.

Um mehr Zeit für Diskussionen um zukünftige Akzentsetzungen der Vereinsarbeit zu haben, begann die Mitgliederversammlung in diesem Jahr schon am Samstagvormittag. Wolfgang Tiefensee erläuterte zu Beginn, dass es in keiner Weise darum gehe, die Kernarbeitsgebiete der Vereinigung zu schmälern oder abzubauen. Das Erinnern an die NS-Diktatur und das DDR-Unrecht, die Bekämpfung von politischem Extremismus und die Stärkung von politischer Teilhabe und Demokratie seien nach wie vor die Fundamente der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Es gehe aber darum, zusätzliche, auch kontroverse Themen aufzugreifen und zu diskutieren, um bundesweit mehr Aufmerksamkeit zu erlangen. Die Akzentsetzung sei aber kein starres Programm, das in allen Regionalen Arbeitsgruppen Punkt für Punkt „abgearbeitet" werden müsse. Die Arbeit vor Ort sei, so der Vorsitzende, dadurch geprägt, dass die ehrenamtlich Tätigen aus dem Spektrum von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. einige Themen herausgreifen, die für ihre lokalen Bedürfnisse, Interessen und Kapazitäten besonders geeignet sind.

Moderiert von Vorstandsmitglied Dr. Ulrich Mählert wurden drei Schwerpunktthemen diskutiert, auf die sich Regionale Sprecher, Vorstand, Beirat und Mitglieder in einem mehrstufigen Verfahren im Vorfeld der Mitgliederversammlung verständigt hatten. So wurden, eingeleitet von jeweils einem kurzen Statement, die Themen Demokratieentwicklung, „Europa immer mitdenken" und Migrationsgeschichte diskutiert. So plädierte Prof. Dr. Bernd Faulenbach dafür, Demokratie als einen

Foto: Ruth Wunnicke

Der Tagungsort der Mitgliederversammlung 2014: Das Neue Rathaus zu Leipzig.

Foto: Dennis Riffel

Begrüßte die Mitglieder herzlich: Oberbürgermeister Burkhard Jung.

nicht abgeschlossenen Prozess zu verstehen, in dem es verschiedene Etappen und handelnde Persönlichkeiten zu entdecken gibt. Im Blick auf das Jahr 2018/19, in dem 100 Jahre deutsche Republikgründung und Weimarer Republik gefeiert werden, sprach er sich dafür aus, sich schon jetzt auf das bevorstehende Jubiläumsjahr mit Projekten vorzubereiten.

Beim Themenschwerpunkt Europa standen die deutsch-griechischen Beziehungen im Mittelpunkt der Diskussion. So wurde auch vorgeschlagen, Kontakte zu griechisch-deutschen Lehrern und Multiplikatoren, die einzelne Vereinsmitglieder haben, zu koordinieren und dadurch für eine bessere Vernetzung zu sorgen. Deutlich sei geworden, sagte Ulrich Mählert in seiner Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zukünftig noch stärker zum Anwalt der parlamentarischen Demokratie werden sollte. Erfreulich sei auch, dass es einige sehr konkrete Ideen gegeben habe, die man 2015 umsetzen könne.

Auf der Mitgliederversammlung wurde mehrfach die Problematik der Flüchtlinge angesprochen, so z. B. in der Diskussion zum Schwerpunktthema „Migration". Auch Wolfgang Tiefensee ging in seiner Rede am Nachmittag darauf ein und stellte fest, dass auf die Frage, wie mit Flüchtlingen in Deutschland umgegangen werden soll, noch keine befriedigende Antwort gefunden wurde. Alarmierend sei, dass nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 44 Prozent der Befragten Flüchtlinge negativ bewerten und ihnen abwehrend gegenüber stehen. Diese Ängste abzubauen, sei auch für die Vereinigung eine schwierige Aufgabe, der man sich stellen müsse. Für den Einzelnen sei es wichtig, nicht sprachlos zu bleiben, wenn z. B. diskriminierende Worte fallen, so der Vorsitzende.

Bei den anstehenden Wahlen des Vorsitzenden und des Vorstands wurde der Vorsitzende, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Eberhard Diepgen und Prof. Dr. Bernd Faulenbach und die übrigen Mitglieder des Vorstands in Ihrem Amt bestätigt. Neu in das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden wurde Frau Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, gewählt. Sie wurde Nachfolgerin von Frau Cornelia Schmalz-Jacobsen, die seit 2003 das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden innehatte und nicht mehr zur Wahl antrat. Wolfgang Tiefensee dankte Ihr in einem eigenen Tagesordnungspunkt für ihr langjähriges und vielfältiges Engagement in der Vereinigung.

Im Anschluss an die Mitgliederversamm- »

Neu im Amt der Stellvertretenden Vorsitzenden: Dr. Irmgard Schwaetzer

Foto: Ulrich Mählert

» lung fand am Samstagabend die Verleihung des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und des Waltraud-Netzer-Jugendpreises statt. Der Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ wird seit 2005 vergeben und wird von der Frauke-Weber- und Rainer-Braam-Stiftung gestiftet. Der Waltraud-Netzer-Jugendpreis wird seit fünf Jahren von der Gesundheitsbetriebe Dr. Nikolaus Netzer Verw. GmbH gestiftet. Geehrt wurden die Regisseurinnen Yasemin und Nesrin Şamdereli für Ihren Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“ (siehe S. 12–13 in diesem Heft) sowie das internationale Jugendworkcamp „Belarus“. Vorstandsmitglied Christoph Heubner lobte in seiner Laudatio den Einsatz junger Menschen der Evangelischen Jugend Bünde-Ost, die sich für die Verständigung zwischen Deutschen und Weißrussen engagieren. Die Workcamps finden seit 1996 jährlich in Weißrussland statt. Die deutschen Jugendlichen renovieren und erneuern alte Häuser und helfen so ganz konkret hilfsbedürftigen Menschen. Dabei geht es um Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs, die niemanden mehr haben, der sich um sie kümmert, und auch um Betroffene, die aus den Gebieten um Tschernobyl umsiedeln mussten. Projektleiterin Ulrike Jaeger sagte „Die Jugendlichen haben bisher 130 Menschen zwischen 70 und 100 Jahren ein schöneres Wohnen ermöglicht.“ Beide Seiten, so Ulrike Jäger, würden sich durch diese Begegnungen verändern.

Foto: Ruth Wunnicke

Erhielten den Waltraud-Netzer-Jugendpreis: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des internationalen Jugendworkcamp „Belarus“.

„Wenn wir zurück fahren, sind wir oft die Beschenkten“, stellte sie fest. Der Schüler Sönke Tiesmeier, der zum ersten Mal 2014 mit nach Weißrussland fuhr, bestätigte dies und sagte: „Aus meiner ersten Weißrusslandreise soll auch mindestens noch eine zweite werden.“

Am Sonntagmorgen nahmen zahlreiche Mitglieder die Gelegenheit wahr, mit dem Vorsitzenden und ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee auf den Spuren der friedlichen Revolution durch Leipzig zu gehen. Dabei hatten Interessierte auch die Möglichkeit, das Leipziger Schulmuseum zu besichtigen und mit der Leiterin Elke Urban zu sprechen.

Viele Mitglieder äußerten sich auf und nach der Mitgliederversammlung positiv darüber, dass durch den veränderten Tagungsablauf in diesem Jahr mehr Platz für Diskussionen eingeräumt worden war. Nun gelte es, so ein Mitglied, die beschlossenen und diskutierten Akzentsetzungen in die Vereinsarbeit zu integrieren, ohne die Kernziele von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu vernachlässigen. ■

Ein Sonntagsspaziergang: Mit Wolfgang Tiefensee auf den Spuren der friedlichen Revolution in Leipzig.

Foto: Dennis Riffel

Ein herzliches Dankeschön für Ihre Unterstützung!

Rund 10.000 Euro Spenden sind in den vergangenen Wochen für den Aufbau eines Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus eingegangen.

Erste Kontakte mit der Türkischen Gemeinde Deutschland sind bereits geknüpft worden. Der religiös begründete Extremismus ist für Jugendliche aktuell die vehementeste Form, sich gegenüber der Erwachsenenwelt abzugrenzen, zu schockieren und Aufmerksamkeit zu erregen. Dies gilt für Teenager mit deutschen Wurzeln offenbar ebenso wie für Jugendliche aus unterschiedlichen migrantischen Communities. Extremistische Organisationen wissen diesen Trend für sich zu nutzen und versuchen, mit größer werdendem Erfolg, junge Menschen für sich und ihre Ziele zu gewinnen. Die Auseinandersetzung mit Präventionsstrategien, zum Beispiel im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz, zeigt, dass diese Entwicklungen von den muslimischen Verbänden mit doppelter Sorge betrachtet werden. Zum einen wächst die Befürchtung, dass Muslime unter Generalverdacht geraten und sich die Muslimfeindlichkeit in den nächsten Jahren weiter verstärken wird. Zum zweiten sind insbesondere die Eltern und Elterninitiativen der Verbände natürlich in Sorge um ihre eigenen Kinder. Das Bedürfnis, eigene präventive Angebote (insbesondere Elternberatung) zu installieren, wird von mehreren Verbänden gewünscht, bislang fehlen allerdings die Ressourcen hierfür.

Die Türkische Gemeinde Deutschland und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. möchten deshalb gemeinsam mit den in der Deutschen Islamkonferenz vertretenen muslimischen Verbänden ein breit angelegtes mehrjähriges Präventionsprojekt entwickeln und umsetzen. Die wichtigsten Elemente des Projekts sind die Schaffung, Ausbildung und Begleitung eines Netzwerkes und die Ausweitung der Angebote der Online-Beratung gegen den Rechtsextremismus auf den Bereich des religiös begründeten Extremismus.

Natürlich werden wir Sie über den Verlauf des Projektes weiterhin informieren.

Sollten Sie Fragen haben, zögern Sie bitte nicht,
uns in der Berliner Geschäftsstelle zu kontaktieren.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden

Ulrike Lucas

Migration als thematische Klammer

Engagierter Professor ermöglicht Studierenden in Karlsruhe einen Einblick in unseren Verein

Die Vorlesung zur „Einführung in die Global History, Teil 1: 1850 bis 1950" am Institut für Geschichte des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) widmet sich der Geschichte der Welt in Kapiteln wie moderne Staatlichkeit, Imperien und Globalität, Migration und Identität, globale Wirtschaft.

Eine besondere Einladung von Prof. Dr. Rolf-Ulrich Kunze ließ Anfang Dezember Studierende und an der Wissenschaftsgeschichte der Weltgeschichte Interessierte einen gedanklichen Bogen in die Gegenwart schlagen: Zu Vorlesungsbeginn stellte Ulrike Lucas, Koordinatorin der Sektion Nordbaden, den bundesweiten Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und seine Arbeit vor. Dabei unterstrich sie die Anfänge des Vereins 1993 als Reaktion überzeugter Demokraten auf ausländerfeindliche Übergriffe, Gewalt und Ausschreitungen von Menschen mit rechtsextremer Gesinnung wie etwa die Verfolgung von Asylbewerbern in Hoyerswerda oder die Brandanschläge in Mölln und Solingen Anfang der 1990er-Jahre. Freuten sich die Menschen 1989 noch über die Friedliche Revolution und den Mauerfall, erregte der Zuzug von Menschen aus dem ehemaligen Ostblock in sehr gefährlichem Maß die Gemüter vieler Menschen.

Foto: Privat

Stellte Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. vor: Ulrike Lucas, Koordinatorin der Sektion Nordbaden, mit Studentinnen und Studenten des KIT.

Historische und aktuelle Bedrohungen der Demokratie, Rechtsextremismus oder auch Migranten sind noch immer aktuelle Themen. Daneben informierte Ulrike Lucas kurz über Entwicklung und Struktur des lebendigen Vereins; sie schilderte die Netzwerkarbeit mit zahlreichen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, gab Einblicke in die interessante lokale Arbeit sowie das erfolgreiche Wirken der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus. „Sicherlich gibt es auch für Ihre Heimatgemeinden Ansprechpartner von Gegen Vergessen – Für Demokratie", warb sie. „Anregendes sowie Kontaktmöglichkeiten finden Sie in den mitgebrachten Zeitschriften und Materialien."

Prof. Dr. Kunze machte die Studierenden auf die gute Möglichkeit aufmerksam, so auch Themen für ihre Abschlussarbeiten zu finden. Als Beispiel nannte er eine von ihm betreute Masterarbeit zu jüdischem Leben und Erinnerungs- und Gedenkkultur in der Stadt Lichtenau. Damit wurde deutlich, wie sehr er von seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten" am Institut für Geschichte, Universität Karlsruhe (TH), geprägt ist. Diese Forschungsstelle zog inzwischen nach Mannheim um.

Ein interessanter Anknüpfungspunkt zur Vergangenheit ergab sich bei der anschließenden regulären Vorlesung: Thema war unter anderem der Westfälische Frieden von 1648 mit dem Rechtssatz „Cuius regio, eius religio" – und das Recht, einem erzwungenen Konfessionswechsel durch Auswanderung auszuweichen. Die Folgen der damals großen Emigrationswelle sind bis heute in Europa nachvollziehbar.

„Die Migrationsgeschichte war Impuls für die Gründung unseres Vereins", sagte Geschäftsführer Dr. Michael Parak bei der jüngsten Mitgliederversammlung. Sie solle begründet ein aktueller Themenschwerpunkt der Vereinsarbeit werden. ■

Ulrike Lucas ist Koordinatorin der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden

Wolfgang Dästner

Ein absurder Kriegsschauplatz

Exkursion zum Hartmannswillerkopf im Elsass

Am 28. September 2014 hatte eine Gruppe von fast 50 Exkursionsteilnehmern im Alter von 17 bis 80 Jahren die Gelegenheit, die Gedenkstätte, den Friedhof und den über fünf Kilometer langen Geschichtslehrpfad über den 956 Meter hohen Hartmannswillerkopf, wie er im Elsass heißt (frz. Vieil Armand), zu besuchen.

Zusammen mit der „Ideenwerkstatt Waldkirch in der NS-Zeit" hatte die Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eingeladen, diese exponierte Bergkuppe im südlichen Elsass zu begehen und ihre unerhörte Geschichte zu erfahren, besser: zu erwandern. Dass hier ein „Schlachtberg" in die Rheinebene schaut, der noch immer von 90 Kilometer langen Gräben durchzogen und mit unterirdischen Stollen durchbohrt ist, dass hier 60.000 Soldaten verwundet wurden und der Berg ein Friedhof für nahezu 30.000 Franzosen und Deutsche wurde, das ist für uns heutige Besucher immer noch kaum zu fassen. Dabei war dieser Kriegsschauplatz von geringer strategischer Bedeutung für den Kriegsverlauf, wie uns Prof. Dr. Wolfram Wette in einem einleitenden Referat noch während der Busfahrt erläuterte. „Menschenfresser" (Mangeur d'hommes) hieß der Todesberg, auf dem sich vor allem 1915 ein erbarmungsloser Stellungskrieg abspielte. Die Geländegewinne einen Tages gingen oft schnell wieder verloren, sodass manche Plätze bis zu sechsmal den Eroberer wechselten. Deshalb könnte man diesen Ort als den absurdesten Kriegsschauplatz des Ersten Weltkriegs bezeichnen. Denn die großen Schlachten fanden im Norden Frankreichs, an der Marne, an der Somme, um Verdun etc. statt.

Aber der Berg hatte hohen symbolischen Wert: Wer ihn besetzt hielt, konnte die Umgebung militärisch kontrollieren, vor allem die Rheintalebene. Von dem Aussichtsfelsen aus hat man, auch heute noch, einen weiten Blick auf die Vogesen, aber auch zum Schwarzwald hin. Die Franzosen wollten das Elsass zurückerobern, das ihnen 1871 verlorengegangen war, die Deutschen verteidigten hier ihr im deutsch-französischen Krieg gewonnenes Territorium.

Foto: Wolfgang Dästner

Der Soldatenfriedhof auf dem Hartmannswillerkopf.

Das Denkmal am Hartmannswillerkopf.

Foto: Wikipedia/Evadb

100 Jahre nach dem Beginn des „Grande Guerre", wie der Erste Weltkrieg in Frankreich genannt wird, fand am 3. August 2014 das bedeutsame Treffen des französischen Staatspräsidenten Francois Hollande mit Bundespräsident Joachim Gauck statt. Beide Präsidenten legten den Grundstein zu einer deutsch-französischen Gedenkstätte, dem „Historial", das von deutschen und französischen Historikern gemeinsam konzipiert wurde. Hier könnte gezeigt werden, wie ehemalige Erbfeinde endlich zu gemeinsamen Friedensperspektiven gekommen sind. Dass dieses Erinnern weiterhin nicht ohne Mühen vor sich gehe, war aus den wenigen Andeutungen unserer sympathischen und fachlich sehr kompetenten Gedenkstättenbegleiter zu erahnen. Seit Jahrzehn- »

» ten schon sei der badisch-elsässische Verein „Les Amis du Hartmannsweilerkopf“ vor Ort tätig, um diese einmalige Erinnerungsstätte zu erhalten und begehbar zu machen. Hier gebe es seit langem eine ganz praktische deutsch-französische Versöhnungsarbeit. Dennoch scheint die Vereinstätigkeit nicht genügend gewürdigt worden zu sein. Nicht einmal zu den Feierlichkeiten am 3. August wurde der Verein geladen. Bei deren Vorbereitungen hat das „Comité du Monument National de l'Hartmannswillerkopf“ wohl eine umfängliche Neukonzeption mit dreisprachigem Lehrpfad und „Historial“ durchgesetzt und – so unser Eindruck – dabei die Arbeiten des Vereins nicht befriedigend integriert. Monsieur Robert Lenhardt, der „président“, setzt dennoch die Führungen mit vollem Engagement fort.

Foto: Wolfgang Dästner

Einige der Exkursionsteilnehmer auf dem Gipfel des Hartmannswillerkopfes, einer der absurdesten Schauplätze des Ersten Weltkriegs.

Ein weiterer Dank ging an die beiden Sponsoren dieser Veranstaltung: die Stadt Waldkirch und die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., die sich mit Fördermitteln an der Veranstaltung beteiligte. Eine besondere Anerkennung aber wurde dem Organisator Roland Burkhart („Ideenwerkstatt Waldkirch in der NS-Zeit“) für seine perfekte Arbeit zuteil. ■

Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Baden-Württemberg, Böblingen-Herrenberg-Tübingen

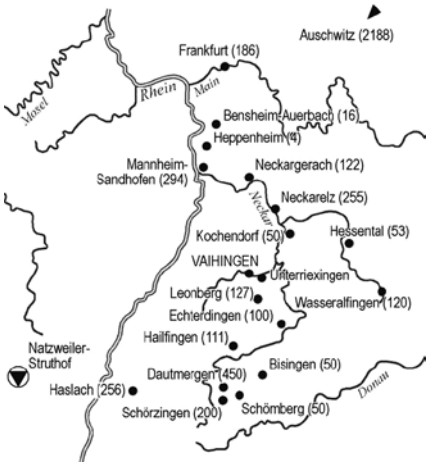
Monika Graulich und Felix Münch

Es herrschte großer Hunger: „Man träumte von Essensbergen“

Tailfingen: Dr. Manfred Scheck berichtet in der KZ-Gedenkstätte über das zentrale Krankenlager Vaihingen an der Enz

Ursprünglich im Rahmen des Rüstungsprojekts „Stoffel“ eingerichtet, erhielt das KZ Vaihingen an der Enz am 1. Dezember 1944 einen neuen Status als „Kranken- und Erholungslager“: Kranke und somit „unproduktive“ KZ-Häftlinge sollten hier konzentriert werden. Auch ein Transport von 111 Hailfinger KZ-Häftlingen erreichte das Krankenlager am 13. Februar 1945. Was diese dort erwartete, schilderte der Historiker und Germanist Dr. Manfred Scheck am 19. Oktober 2014 in der KZ-Gedenkstätte Tailfingen.

Durch die Unterbringung im „Kranken- und Erholungslager“ sollte verhindert werden, dass sich Seuchen in den übrigen südwestdeutschen Lagern ausbreiten. Eigentlich, so berichteten einige ehemalige Häftlinge später, sei das KZ Vaihingen eines der „humaneren“ Lager unter denen gewesen, die sie auf ihrer Odyssee durch die europäische KZ-Landschaft kennengelernt hatten. Diese Einschätzung, erklärte Scheck, sei insbesondere dem Wirken Wilhelm Lautenschlagers zu verdanken: Der von der Wehrmacht abkommandierte Lagerführer distanzierte sich durch das Tragen seiner Hauptmanns-Uniform nicht nur äußerlich von der SS, sondern hatte sich auch deren Jargon nicht angeeignet. Als „konziliant und menschlich“ sei er von Häftlingen beschrieben worden.



Quelle: KZ-Gedenkstätte Vaihingen an der Enz

Häftlingstransporte in das KZ Vaihingen: Die Karte macht deutlich, wie viele Häftlinge aus welchen Lagern von Dezember 1944 bis zum 7. April 1945 in das als zentrales „SS-Kranken- und Erholungslager“ genutzte KZ Vaihingen transportiert wurden.

Dass es im Lager dennoch zu unfassbar menschenverachtenden Szenen kommen konnte, geht unter anderem auf einige SS-Leute wie den im Zuge der Rastatter Prozesse guillotinierten Lagerarzt Adam Dichmann zurück, der das Maschinengewehr als „die beste Spritze gegen das Fleckfieber“ bezeichnet haben soll. Unter anderem ließ Dichmann eine „Krepierstube“ für Schwerkranke einrichten, die man dort bis zu ihrem Tod sich selbst überließ, ohne Nahrung und medizinische Versorgung.

Katastrophale Zustände

Die hygienischen Zustände im Lager waren katastrophal. Der ehemalige Häftling Hanns Grosspeter erinnerte sich an einen „mörderischen, beißenden Geruch von Urin, Eiter und Kot“ bei einem Besuch der Krankenbaracken. Auch der belgische Arzt Dr. Georges Boogaerts nahm wahr, dass „alle Patienten abstoßend schmutzig“ waren, es in den Blöcken I bis IV weder fließend Wasser noch Seife gab und „das Lager mit Läusen verseucht“ war.

Da die Köche Josef Pospischil und Anton Pill Lebensmittel einfach verderben ließen oder für die SS unterschlugen, herrschte zudem nagender Hunger im Lager. Der norwegische Häftling Trygve Bratteli erinnert sich: „Man träumte bei Tag und vor allem bei Nacht von Essensbergen und wilden Fressorgien. Eines Abends zählten einige alle Namen der Würste auf, die sie kannten, und wünschten sich von allem etwas.“

Durch den Hunger florierte zudem der streng sanktionierte Tauschhandel. Brotdiebe wurden mit fünf Hieben bestraft. Lediglich die norwegischen Häftlinge erhielten Lebensmittelpakete, und zwar vom schwedischen Staat, der sich mit diesen Hilfslieferungen seine Freistellung vom Kriegseinsatz sicherte. „Dass die Norweger so wenig wie möglich davon abgaben, um selbst zu überleben, nahm ihnen manch anderer Häftling ein Leben lang übel“, erzählte Scheck. Weniges blieb den geschwächten Menschen, um sich vom alltäglichen Elend abzulenken. „Die Norweger hielten sich gegenseitig Vorträge“, berichtete der Historiker. Und natürlich gewann die religiöse Betätigung für einige enorm an Bedeutung. So habe Alfred Lipson sich erinnert, dass sein Mithäftling Jacub Lewental eine Thorarolle aus Radom nach Vaihingen geschmuggelt hatte. „Von einem streng verbotenen Jom-Kippur-Gottesdienst und auch von einem Sedermahl wurde berichtet“, so Scheck. Die als „gute Fee“ bezeichnete Gutsbesitzerin Irmgard von Neurath ließ Hostien backen und mit Wein ins Lager schmuggeln. Ein außergewöhnliches Bild entstand so, als der Jesuitenpater Perraudiere einem Häftling nach der Befreiung die Kommunion erteilte.

Das KZ Vaihingen an der Enz war im Rahmen des Projekts „Stoffel“ als ein Außenlager des elsässischen KZ Natzweiler entstanden. Der sogenannte „Jägerstab“, der mit der Produktionssteigerung von Jagdflugzeugen betraut war, plante unter diesem Decknamen den Bau eines Bunkerwerks in einem ausgedienten Steinbruch bei Vaihingen. „Das Ziel war, dort Jagdflugzeuge in bombensicheren Unterständen bauen zu können“, erklärte Scheck.

Neben Fremd- und Zwangsarbeitern sollten auf der riesigen Baustelle auch KZ-Häftlinge eingesetzt werden. Nachdem das Lager am 9. August 1944 eröffnet worden war, traf bereits am 11. August ein Transport mit 2 187 vorwiegend polnisch-jüdischen Häftlingen aus Radom ein, die vorher auf der berüchtigten Rampe in Auschwitz selektiert worden waren. Lange sollten sie nicht auf der Baustelle an der Untertageverlagerung mitarbeiten, da das von vornherein zum Scheitern verurteilte Projekt „Stoffel“ bereits Ende Oktober 1944 eingestellt wurde.

Das Vaihinger KZ erhielt zum 1. Dezember 1944 eine neue Funktion: Es wurde zum „Kranken- und Erholungslager“ umgewidmet. Bis Mitte März 1945 transportierte man 2.434 kranke KZ-Häftlinge aus nahezu dem gesamten südwestdeutschen Raum nach Vaihingen. Einer Statistik zufolge sollen nur 55,4 Prozent der geschwächten Menschen den Tag der Befreiung am 7. April 1945 erlebt haben. Von den 111 Hailfinger Häftlingen starben 48. Die Todesursache hatte der Häftlingsarzt Dr. Nachman Boim häufig zu bemänteln. Offiziell liest sich das auf den bescheinigten Todesmeldungen meist so: allgemeine Körperschwäche.

1941 geboren, studierte Manfred Scheck nach einer Schriftsetzerlehre Geschichte, Deutsch und Musikwissenschaft, woraufhin er mit einer Arbeit zur Geschichte der württembergischen Arbeiterbewegung promovierte. Seinen Schuldienst trat der kommunalpolitisch aktive Pädagoge am Gymnasium in Markgröningen an und brachte schließlich als Mitbegründer der KZ-Gedenkstätte Vaihingen an der Enz diese mit auf den Weg. Bis 2007 fungierte er als deren Vorsitzender. Manfred Scheck lebt mit seiner Frau in seiner Heimatstadt Vaihingen an der Enz. ■

Der Artikel erschien am 21. Oktober 2014 im **„Gäuboten“**. Wir danken der Zeitung und der Autorin Nadine Dürr für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

■ **Buchinformation:**

Manfred Scheck
Zwangsarbeit und Massensterben. Politische Gefangene, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in Vaihingen an der Enz 1933 bis 1945.

Metropol-Verlag, Berlin 2014
Gebundene Ausgabe, 295 Seiten
ISBN: 978-3-86331-200-8 · 22,00 €

RAG Rhein-Ruhr West

Wolfgang Braun

… einen Nerv getroffen

Projekt „Bedeutende Duisburger Demokraten“ wird fortgesetzt

Jeder kennt das, der schon einige Jahre im politischen oder gesellschaftlichen Bereich tätig ist: Man macht und tut, man redet und schreibt – und erntet wohlwollendes Schulterklopfen bei gleichbleibend niedriger Resonanz. Alle paar Jahre einmal ist es dann anders. Eine kleine Aktion, eine kleine Geschichte löst auf einmal Begeisterungsstürme aus. Vielleicht nur hinter den Kulissen. Aber erkennbar. Ein Nerv wurde getroffen – und es stellt sich die Frage, welcher.

Bei der kleinen Artikelserie „Bedeutende Duisburger Demokraten“, erschienen im August und September 2013 in der Rheinischen Post Duisburg, war dies so. Franz Wieber (1858–1933), Michael Rodenstock (1883–1933), Gottfried Könzgen (1886–1945), Emil Rentmeister (1905–1933) und August Seeling (1906–1998) wurden gewürdigt. Worin lag das Neue?

Erst einmal war es das Prinzip: Parteipropaganda ausgeschlossen. Die Würdigungen erfolgten nämlich überkreuz: „Rote“ riefen die Leistungen von „Schwarzen“ in Erinnerung – und umgekehrt. So mancher Duisburger Sozialdemokrat wunderte sich, in welchem Blatt „seine“ Leute geehrt wurden, und mancher Christdemokrat, wer die eigenen Vorgänger ins rechte Licht setzte.

Vorgestellt wurden vier der fünf Würdigungen zuvor auf dem jährlichen Fest der Freiheit 2012 und 2013. Doch nicht nur hier, sondern auch in zugegebenermaßen kleinen Öffentlichkeiten im Bundesgebiet reagierten Leser mit Begeisterung. Als unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie gemeinsam mit dem Bündnis für Toleranz und Demokratie die neue Website „Demokratie vor Ort“ freischaltete, wurden drei vorbildliche „Gute Projekte“ beworben: das Erich-Zeigner-Haus in Leipzig, der Friedhof der Märzgefallenen von 1848 in Berlin und die Artikelserie aus der Rheinischen Post Duisburg.

Die Begeisterung, mit der die kleine Serie aufgenommen wurde, lässt sich aber nicht mit dem eingangs erwähnten Prinzip erklären, sondern nur mit dem Mangel, den sie offenlegte. Die Duisburger Artikel machten auf die halbe, die nicht gelungene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen aufmerksam. Denn ohne zu übertreiben: Heute sind die Werdegänge von Adolf Hitler, Josef Goebbels, Hermann Göring und anderen bekannter als die Werdegänge und Leistungen von August Bebel, Friedrich Ebert, Gustav Stresemann oder Konrad Adenauer. Die Geschichte ihrer Demokratie und ihrer Demokraten hatte die geschlagene Nation weitgehend aus ihrer Erinnerung verbannt. Als Vorbilder galten, wenn überhaupt, nur die eigenen „Märtyrer“. Die Leistungen der anderen waren der „damnatio memoriae“, der Strafe des Vergessens, unterworfen worden. Nicht geplant, nicht beabsichtigt war diese gemeinschaftliche Fehlleistung, aber dafür umso wirksamer.

Und es war eine Fehlentwicklung der letzten 30 Jahre. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde Vorbildliches geleistet, bei den Straßenumbenennungen, der Auswahl von Schulnamen … Doch später, und zwar je intensiver „gegen Rechts gekämpft“ wurde, geriet der Weg aus dem Blick, humanitäre Inhalte und ihre Vorbilder ins Licht zu stellen.

Er ist in den nächsten Jahren wieder aufzunehmen und auszubauen. Die halbe, die bloß negative Vergangenheitserarbeitung ist zu überwinden. Die andere Hälfte steht nun an. Und hier bleibt viel zu tun. Wie dürftig die Traditionspflege auf allen Seiten des demokratischen Spektrums war, lässt sich schnell verdeutlichen. Es fällt nicht nur schwer, drei Autoren zu finden, schwerer noch fällt es, im liberalen und konservativen Spektrum Namen ausfindig zu machen, Material zu recherchieren – nicht weil es die Leute nicht gab, sondern weil sie in Vergessenheit geraten sind.

Entsprechend skeptisch wurde auch in der Regionalen Arbeitsgruppe die Möglichkeit einer Fortführung beurteilt. Sollte in dieser Richtung ein Fortkommen erzielt werden, war in gewisser Hinsicht lokalpolitische Archäologie zu leisten, nicht mehr, nicht weniger.

Deutlich wird dies an der zweiten Staffel „Bedeutende Duisburger Demokraten“, die inzwischen in der Rheinischen Post veröffentlicht wurde. Wiederum wurden zwei der drei Würdigungen auf dem „Fest der Freiheit“ im Mai 2014 vorgetragen: Friedrich Albert Lange (1828–1875), Karl Jarres (1874–1951) und Karl Arnold (1901–1958). Die drei Namen erinnerten zugleich an die drei deutschen Verfassungen von 1849, 1919 und 1949.

Ein Duisburger Christdemokrat, der für die letzte Ära stand, war schwer zu finden. Daher wurde an den ersten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens erinnert. Die Rheinische Post verzichtete aber aus gutem Grund auf eine Veröffentlichung dieser Anerkennung Karl Arnolds, nämlich um den Charakter der Reihe, die Würdigung von Duisburger Demokraten, zu sichern. Veröffentlicht wurde stattdessen

Wolfgang Braun ist Sprecher der RAG Rhein-Ruhr West von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

ein Porträt von Hans Milchsack (1904–1984), einem heute vollends in Vergessenheit geratenen Reeder. In Zukunft soll die Reihe in loser Folge fortgeführt werden – auch weiterhin ist mit verblüffenden Entdeckungen zu rechnen. So wurden wir neulich auf Peter Joseph Osterhaus hingewiesen, einen badischen Revolutionär von 1848, späteren General der Unionstruppen im Sezessionskrieg von 1861 bis 1865, Diplomaten und Unternehmer. Er verstarb am 2. Januar 1917 in Duisburg. ■

Laudatio

Dieser Artikel ist der für Veröffentlichungszwecke gekürzte Vortrag von Bärbel Bas, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, auf dem Fest der Freiheit in Duisburg-Hochfeld am 24. Mai 2014.

Karl Arnold (1901–1958) war Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister von Düsseldorf, Mitbegründer des DGB, CDU-Politiker und Bundestagsabgeordneter.

Karl Arnold war – wie so viele Politiker seiner Zeit – durch die fürchterlichen Erfahrungen der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zum Europäer geworden. Für seine Generation bedeutete Europa Hoffnung – Hoffnung auf eine bessere Zeit. Und Europa war das Versprechen: „Nie wieder Krieg und Diktatur!“

Arnold wurde 1901 in Herrlishöfen bei Biberach geboren. Er lernte das Schuhmacherhandwerk, studierte und hatte mit seiner Frau Liesel drei Kinder. Die politische Vita von Arnold begann 1920, als er sich der Zentrumspartei anschloss. 1924 wurde er Gewerkschaftssekretär des Christlichen Lederarbeiter-Verbandes in Düsseldorf. Als er zwei Jahre später in den Rat der Stadt gewählt wurde, war er bereits Vorsitzender des DGB in Düsseldorf. Mit 25 hatte Karl Arnold in der rheinländischen Politik Ort und Bestimmung für sein Leben gefunden.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten konnte auch er nicht verhindern, Arnold blieb aber nicht untätig. Er nutzte seine Verbindungen, um am Aufbau eines Informationssystems im Untergrund mitzuwirken – und geriet ins Visier der Gestapo. 1944 wurde er verhaftet. Doch schon in den letzten Kriegstagen nahm Arnold seine politischen Aktivitäten wieder auf und engagierte sich für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands. So war er 1945 gemeinsam mit Hans Böckler an

Foto: Wikipedia/Frank Vincentz

Karl-Arnold-Denkmal auf dem Johannes-Rau-Platz in Düsseldorf.

der Gründung der Einheitsgewerkschaft im Rheinland beteiligt. Daraus erwuchs später der DGB.

In Düsseldorf war Arnold Gründungsmitglied der örtlichen CDU. Zusammen mit Jakob Kaiser gehörte er zur Gruppe christlicher Gewerkschaftsführer, die sich in der CDU für die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien einsetzte. Im Januar 1946 ernannten die Alliierten Arnold zunächst zum Oberbürgermeister von Düsseldorf und dann zum stellvertretenden Ministerpräsidenten des frisch gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen. Nach der ersten NRW-Landtagswahl 1947 wurde Arnold Ministerpräsident – und blieb es bis 1956 in verschiedenen Koalitionen aus CDU, Zentrumspartei, SPD, FDP und KPD.

In seiner Regierungserklärung am 21. September 1950 formulierte er jenen Anspruch, der die Kurzformel seines politischen Konzeptes darstellte: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“

In seine Amtszeit fallen zahlreiche politische Weichenstellungen: etwa die Gründung des Westdeutschen Rundfunks, der Ausbau der Montanmitbestimmung oder die Etablierung eines Landesjugendplans. Am 20. Februar 1956 stürzten SPD, FDP und Zentrum Arnold durch ein konstruktives Misstrauensvotum. Mit seinem Nachfolger Fritz Steinhoff wurde erstmals ein Sozialdemokrat Ministerpräsident in NRW. Nach einem kurzen Zwischenspiel im Bundestag trat Arnold bei der NRW-Landtagswahl 1958 wieder als Spitzenkandidat der CDU an. Er starb jedoch eine Woche vor der Landtagswahl im Alter von erst 57 Jahren.

Mit seinem politischen Wirken hat sich Karl Arnold für den Aufbau der Bundesrepublik und des Landes Nordrhein-Westfalen maßgeblich verdient gemacht. Er sah sich selbst zeitlebens als christlichen Sozialisten. Sein Leitmotiv lautete: „Eigentum für jeden.“ Von sich selber soll er einmal gesagt haben: „Ich weiß, dass die Bürde eines Amtes erdrückend ist, aber ich bin bereit, mich für unser Land zu verzehren.“

Menschen wie Karl Arnold haben aus ihrer Erfahrung mit Krieg und Diktatur die Vision eines friedlichen Zusammenlebens in Deutschland und Europa entworfen. Und sie haben unserem Land durch ihre Idee von der Kooperation von Arbeit und Kapital – der sozialen Marktwirtschaft, der Mitbestimmung und des Föderalismus – zu beispielloser sozialer Stabilität, wirtschaftlichem Wohlstand und politischer Pluralität geführt.

Für seine Verdienste erhielt er das Großkreuz der Bundesrepublik Deutschland, die NRW-CDU benannte eine Stiftung nach ihm. Karl Arnold war einer von vielen, die unsere Verfassung nicht nur mitgeschrieben, sondern auch vorgelebt haben. ■

RAG Baden-Württemberg

Helga Übelmesser-Larsen

Königsbronn-Symposium 2014: „Zivilcourage in schwerer Zeit“

Beispiele des Widerstandes kleiner Leute im NS-Regime

Bürgerinnen und Bürger aus ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus konnte der erste stellvertretende Bürgermeister Engelbert Frey zum neunten Symposium in Königsbronn begrüßen. Die Veranstaltungen der Gemeinde Königsbronn mit den vielseitigen Themen wecken Interesse und machen Neugierig. Mit Beispielen des Widerstands „kleiner Leute“ im NS-Regime veranstaltete die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und der Georg Elser Gedenkstätte Königsbronn das diesjährige Symposium zum Thema „Zivilcourage in schwerer Zeit“. Die Veranstaltung wurde, wie die ca. 120 Teilnehmer zeigten, sehr gut angenommen. Frey stellte zur Eröffnung der Veranstaltung fest, es gab Männer und Frauen, die sich aufrecht und mutig dem NS-Regime widersetzten und unter brutalsten Umständen ihr Leben riskierten.

Sibylle Thelen von der Landeszentrale für politische Bildung betonte, wie wichtig es ist, an die Menschen zu erinnern, die sich trotz Lebensgefahr nicht anpassten, sondern Widerstand leisteten. Die Aufarbeitung der deutschen Geschichte erfordere eine schmerzhafte öffentliche Debatte und Forschung. Sie wies darauf hin, dass in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin an Georg Elser ein eigener Raum erinnert.

Die Verbindung von Zivilcourage und Widerstand im Zusammenhang mit der Maueröffnung vor 25 Jahren zog Dr. Alfred Geisel von Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. und spannte damit den Bogen vom 75. Jahrestag des gescheiterten Attentats von Georg Elser (8. Nov. 1939) bis zum 9. November 1989. Er warf hierbei die Frage auf, ob die Geschichte einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn das Attentat geglückt wäre. Dr. Alfred Geisel wies darauf hin, dass die Geschichte des Widerstands auch ein Spiegelbild der NS-Diktatur sei. Das Ende von Verdrängung und Verschweigen habe eines Fritz Bauer bedurft (Generalstaatsanwalt beim Auschwitzprozess), damit eine Aufarbeitung stattfinden konnte. Erst danach sei das Attentat von Elser ins richtige Licht gerückt. Er schloss mit dem Appell, den Widerstand ernst zu nehmen und dankbar zu sein, dass es Menschen gab, die nicht alles durch die Staatsmacht hinnahmen. In diesem Zusammenhang hieße Zivilcourage Mut zu machen, sich gegen Rechtsextremismus zu wehren und gegen Fremdenfeindlichkeit aufzustehen. Geisel dankte der Gemeinde Königsbronn und Hauptamtsleiter Joachim Ziller mit seinem Team für die tatkräftige Hilfe bei der Durchführung des Symposiums.

Foto: Gemeinde Königsbronn

Dr. Alfred Geisel als Redner auf dem Podium.

Frauen und Widerstand in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft war das Thema von Dr. Cornelia Hecht vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Sie beschrieb den Widerstand im Kontext der NS-Volksgemeinschaft und der politischen Umwandlung der Gesellschaft mit Ausgrenzung der „Volksschädlinge“ (u.a. Behinderte, Juden usw.). Einzelne Personen leisteten Widerstand und nutzten den begrenzten Handlungsspielraum, wie z.B. Liselotte Herrmann mit Informationsschmuggel in die Schweiz. Die damals in Stuttgart lebende Widerstandskämpferin Liselotte Herrmann und die mit ihr zum Tode Verurteilten starben trotz einer Protestkampagne in mehreren europäischen Ländern am 20. Juni 1938 unter dem Fallbeil in Plötzensee.

Als weiteres Beispiel ging die Referentin auf die sogenannte „Geislinger Weiberschlacht“ ein. Katholische Frauen in Geislingen (bei Balingen) wehrten sich, dass der von Ordensschwestern geleitete Kindergarten in die Einrichtung des Staates und der NSV-Schwestern übergeleitet werden sollte. Die Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) wurde 1932 durch die Nationalsozialisten gegründet und im Mai 1933, nur wenige Monate nach der Machtergreifung, zur Parteiorganisation der NSDAP erhoben. Im Zuge der Gleichschaltung mit dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt trat die NSV als Staatsorganisation und Verein neben die sieben verbliebenen Wohlfahrtsorganisationen.

Dr. Hecht berichtete über die Schwierigkeiten und Repressalien (Gewalt und Verhaftungen) der Geislinger Mütter und wie diese sich wehrten, in dem sie ihre Kinder von Januar 1942 bis Mai 1945 nicht in den NS-Kindergarten gehen ließen.

Eine mutige und überzeugte Pazifistin sowie christliche Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus war Gertrud Luckner aus Freiburg. Sie riet bereits kurz nach der sogenannten Machtergreifung Juden zur Auswanderung und half ihnen dabei. Luckner begann ihre Unterstützung für jüdische Deutsche zur Zeit der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze (1935) und setzte diese Tätigkeit nach der Reichspogromnacht (1938) fort. Seit 1936 war sie (zeitweise zusammen mit Eva Laubhardt) von der Caritas angestellt. Sie arbeitete mit verschiedenen Organisationen bzw. Privatpersonen und betrieb mit einem großen Hilfsnetzwerk vor allem die Fluchthilfe über die schweizerische Grenze (Hegau/Singen). Durch Denunziation erfuhr die Gestapo von einer Aktion und die Bahnpolizei verhaftete 1943 Gertrud Luckner in Karlsruhe. Sie kam nach Berlin und wurde anschließend im KZ Ravensbrück interniert. Am 30. April 1945 befreite die Rote Armee Ravensbrück; der am 27. April von der SS zur Räumung des Lagers gestartete Todesmarsch, auf dem sich Luckner befand, wurde am 3. Mai 1945 von der Roten Armee eingeholt und befreit.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vortrags von Dr. Hecht waren die in Sippenhaft genommenen Frauen der Attentäter des 20. Juli 1944. Nach einer Aussage vom August 1944 wollte das NS-Regime die Familien um Claus von Stauffenberg vollständig auslöschen. 281 Personen wurden in Sippenhaft genommen, mehrere davon starben während der Gefangenschaft. Die Kinder wurden in Heimen untergebracht.

Dr. Hecht fasste zusammen, dass Frauen oftmals direkt oder indirekt im Widerstand waren und damit in konfessioneller oder sozialer Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. Aber es habe auch eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung für den Nationalsozialismus gegeben und vieles konnte nur deshalb geschehen, weil es den vorauseilenden Gehorsam gab, den Führerwillen durchzuführen.

„Widerstand" ist ein vielschichtiges Wort, stellte Dr. Peter Haigis, derzeit Gemeindepfarrer der ev. Landeskirche in Stetten im Remstal, Mitarbeiter von „Kirche im SWR" und Privatdozent, fest. Er betonte, Handelnde im NS-Regime waren oft die Frauen und nicht die Pfarrer. Die Pfarrfrauen leisteten die ökonomische Basis und tägliche Überlebenshilfe (Lebensmittel, Pflege usw.). Landpfarrhäuser waren damit im Vorteil. Aus Sicherheitsgründen wurde damals kaum etwas aufgeschrieben und keinem Helfer war das gesamte Netzwerk bekannt. Es gibt damit keine schriftlichen Unterlagen und erst 25 Jahre später erfolgten durch persönliche Rückblicke schriftliche Berichte.

Dr. Haigis ging in seinem Vortrag über die Schwäbischen Pfarrhäuser im Widerstand u.a. auf die Situation der Christen in der Bekennenden Kirche (Opposition zu den Deutschen Christen), die Schaffung des Pfarrernotbundes und die Württembergischen Pfarrhauskette ein (Untergrundorganisation im NS Regime, u.a. Theodor Dipper, Kurt Müller, Otto und Gertrud Mörike).

Ab 1942 bestand die Situation der massenhaften Deportation der Juden in die Vernichtungslager. Mit den Versuchen „T 4" (Vergasung von Behinderten in Grafeneck) war die industrielle Voraussetzung für die Euthanasie geschaffen. Mitglieder der Württembergischen Pfarrhauskette waren Pfarrer und deren Angehörige, die in ihren Kirchen oder Privathäusern Juden und andere Verfolgte aufnahmen, deren Identität verschleierten oder die Menschen auch verbargen, um sie vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen. Pfarrhäuser eigneten sich als Versteck für untergetauchte Juden. Es entstanden Netzwerke zur Hilfe für Verfolgte. Organisiert wurde die Pfarrhauskette von Theodor Dipper. Nur wenige Reichenbacher wussten damals, »

Blick in den Saal der Georg Elser Gedenkstätte während des Symposiums.

Foto: Gemeinde Königsbronn

» welch mutigen und riskanten Einsatz für verfolgte Juden ihr evangelischer Pfarrer, Theodor Dipper, im Zweiten Weltkrieg wagte. Oft wurde vorgegeben, bei den kurzzeitig in den Familien der Pfarrer lebenden Personen handele es sich um Verwandte oder Ausgebombte. Humorvoll berichtete Dr. Haigis über den „verfressenen Pfarrer, der ständig Lebensmittel einsammelte".

Beim Thema „Schwäbische Pfarrhäuser im Widerstand" erinnerte Dr. Haigis an Margarete Hofer. Sie half geflüchteten Juden und unterstützte jüdische Schüler. 1941 war sie Vikarin in Schwenningen, engagierte sich in ökumenischer Zusammenarbeit und traf dabei auch Dietrich Bonhoeffer (dieser wurde am 9. April 1945 hingerichtet). Auch das Pfarrhaus in Gerstetten war eine Fluchtburg für Juden und Haigis erinnerte an viele stille Helfer. Es gab couragiertes Handeln und Ungehorsam gegen geltendes Unrecht, aber so Haigis, leider blieb der Widerstand zu leise und zu dünn. Es sei auch für die Kirchen kein Grund zum Rühmen, Bescheidenheit und Selbstkritik daher angebracht.

Was lehrt uns Georg Elser heute?

Die Podiumsdiskussion unter LpB-Moderation von Sibylle Thelen und Prof. Dr. Reinhold Weber mit den Gedenkstättenmitarbeitern Josef Seibold und Ulrich Renz nahm sich dieses Gedankens an und präsentierte die Lese- und Arbeitshilfe „Ich habe den Krieg verhindern wollen". 1988 war Königsbronn ein Ort, der in der Geschichte gänzlich unaufgearbeitet war, in dem es nicht möglich war, über die historische Figur Elser zu sprechen. „Erst mit der Bürgermeisterwahl 1990 änderte sich das", so der Text in den LpB-Materialien. Michael Stütz, seither Verwaltungschef der Gemeinde, hatte Elser zu einem Wahlkampfthema gemacht. Heute ist Königsbronn ein Beispiel aktiver Gedenkstättenarbeit mit Forschung und Dokumentation. Eine Arbeit, die sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart auseinandersetzt.

Zur Zeit (1956/1957) als Volontär bei der Heidenheimer Zeitung war es schwierig das Schweigen zu durchbrechen und Elser aus der Dunkelheit zu holen, erzählte der Journalist Ulrich Renz.

Foto: Gemeinde Königsbronn

Lobte das ehrenamtliche Engagement in Gedenkstätten: Baden-Württembergs Kultusminister Andreas Stoch.

Der frühere Realschullehrer Josef Seibold hat seine ersten Erfahrungen über Elser nach einer szenischen Lesung des Georg Elser Arbeitskreises gemacht. Elser wird als einfacher Schreiner bezeichnet, aber bereits die Konstruktion seiner Bombe war eine geniale Leistung. Der Wandel in der Einschätzung von Elser kam dann mit Klaus Maria Brandauers Film „Georg Elser – Einer aus Deutschland". Er entstand 1989, 50 Jahre nachdem Elser, der Schreiner aus dem Dorf Königsbronn im Osten der Schwäbischen Alb, mit seinem Attentat auf Adolf Hitler gescheitert war. Dieses Jahr wurde ein – u.a. im Hohenloher Freilandmuseum – gedrehter Film „Elser" produziert, der am 2. April 2015 Kinostart hat. Normaler Unterricht in der Schule wecke kaum Interesse an der geschichtlichen Vergangenheit, so Seibold. Es komme darauf an, die Schüler abzuholen, beispielsweise durch eine Führung in einer Gedenkstätte. Leider bleibe zu wenig Zeit, etwas zu vertiefen. In Gesprächen mit Schülern und Besuchern komme es zu Anknüpfungspunkten.

Auf die Frage „Taugt Elser als Vorbild?" antwortete Renz mit „ja", vor allem in der heutigen Zeit in Bezug auf seine moralische Wucht, Entschlossenheit und Leistung. In der Diskussion wurde festgestellt: Elser hat gegen einen Unrechtsstaat gekämpft. Er wollte einen Massenmörder an weiteren Morden hindern, dies kann man als Notwehr bezeichnen.

Schweigen der Anständigen ermöglichte die Gräuel des Nationalsozialismus

Baden-Württembergs Kultusminister Andreas Stoch betonte, dass Gedenkstätten Teil unserer Kultur sind. Er ging in seinem Vortrag über Widerstand im NS-Staat und Gedenkstättenarbeit auf die Aufgabe und Herausforderung für den schulischen Unterricht ein. Baden-Württemberg habe eine dezentrale Gedenkstättenkultur, außerschulische Lernorte dabei eine besondere Bedeutung. Die über 70 flächendeckenden, regional ausgestatteten Gedenkstätten erinnern an brutale Ereignisse (wie Grafeneck) und Ermordungen (u.a. Georg Elser, Eugen Bolz, Gebrüder Stauffenberg). Das Land Baden-Württemberg werde die Förderung der Gedenkstättenarbeit erheblich aufstocken. Er wies darauf hin, wie wichtig die Beschäftigung mit der Vergangenheit sei. Leider wüssten nur noch 45 % der Befragten, was am 20.7.1944 geschah. Umso wichtiger sei es, Impulse und Vielschichtigkeit zu vermitteln und eine Brücke von Betroffenheit zu künftigem Handeln zu schlagen. Das Schweigen der Anständigen, so zitierte der Kultusminister den Historiker Fritz Stern, war mit Grundlage für die Brutalität im NS-Regime. Stoch lobte das bürgerschaftliche Engagement um die Gedenkstätten. Er dankte Birgit Kipfer und Dr. Alfred Geisel von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., der Landeszentrale für politische Bildung, der Georg Elser Gedenkstätte und der Gemeinde Königsbronn für das interessante Symposium und die gute Arbeit. ■

Helga Übelmesser-Larsen ist Oberamtsrätin im Innenministerium Baden-Württemberg und Mitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.

RAG Rhein-Main

Jürgen Vits

Rücksichten – Die dritte Generation blickt auf ihre Großeltern im Nationalsozialismus

„Natürlich hat die Nachkriegsgeneration und die dritte Generation keinerlei Schuld: Selbstverständlich nicht. Aber ungeklärte Fragen und Tabus müssen belasten, und auch den unbeschwertesten Enkel wird doch die Frage einmal im Leben quälen, was die Großeltern getan haben." *(Channah Trzebiner, Die Enkelin, S. 142)*

„Waren meine Großeltern Nazis? Ja, sie waren vom Nationalsozialismus überzeugt und – was vielleicht in seinen Auswirkungen schwerer wiegt – sie glaubten an ihn." *(Moritz Pfeiffer: Mein Großvater im Krieg 1939–1945, S. 165)*

Am 13. November 2014 fand im Haus am Dom, Frankfurt am Main, ein denkwürdiger Lese- und Gesprächsabend mit den beiden jungen Autoren Channah Trzebiner und Moritz Pfeiffer statt. Die Soirée wurde von der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, Frankfurt am Main, veranstaltet; Initiator und Kooperationspartner des Abends war die Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Beide Autoren lasen aus ihren Büchern und stellten sich bereitwillig den Fragen der Moderatoren und des Publikums.

Foto: Andreas Dickerboom

Gestalteten den Lese- und Gesprächsabend im Haus am Dom: Moritz Pfeiffer, Channah Trzebiner, Moderatorin Daniela Kalscheuer und Moderator Jürgen Vits (v.l.n.r.).

Die in Frankfurt lebende Juristin Channah Trzebiner gibt mit ihrem Buch „Die Enkelin" Einblicke in die Gefühlswelt der dritten Generation nach dem Holocaust. Es erschien 2013 und erfuhr in den Medien sofort eine breite Resonanz. „Die Enkelin" ist ein sehr mutiges, ehrliches, geradezu privates Buch. Es entführt den Leser mit einzelnen Episoden und Szenen in den Mikrokosmos einer jüdischen Familie zwischen Frankfurt und Tel Aviv. Wir lernen viel über Emotionen, Seelenzustände und Befindlichkeiten der Familienangehörigen. Channah Trzebiners Großeltern mütterlicherseits ist großes Leid widerfahren: So hat ihre Großmutter die Konzentrationslager Ravensbrück und Bergen Belsen erlitten; ihr Großvater überlebte Auschwitz. Beide hatten ihre ersten Familien in den Todeslagern verloren. Enkelin Channah ist aufgewachsen im stets spürbaren Schatten der Vergangenheit und in stummer Anwesenheit ausgelöschter Vorfahren. Man kann in ihrem Buch lesen, wie sie in ihrer Kindheit und Jugend erhebliche Rücksichten auf ihre schonungsbedürftigen Großeltern und Eltern nehmen musste. In anderen Szenen schildert sie aber auch, wie sie als junge Frau um ein normales, freies und selbstbestimmtes Leben rang. Ihr verehrter Großvater Abraham ist, neben der Ich-Erzählerin, die eigentliche Hauptperson des Buches.

In der Frankfurter Veranstaltung traf Channah Trzebiner auf den jungen Autor und Historiker Moritz Pfeiffer aus Tübingen. Er hatte seinen geschätzten Großvater zu Lebzeiten systematisch zu dessen Einstellungen, Erfahrungen und Verhaltensweisen in der Zeit des Nationalsozialismus befragt. Und dieser gab ihm bereitwillig und mitunter widersprüchlich Auskunft. In seinem 2012 erschienenen Buch „Mein Großvater im Krieg 1939–1945" vergleicht Moritz Pfeiffer die von ihm aufgezeichneten Erinnerungen seines Großvaters auf sachliche und distanzierte Weise mit zeitgenössischen Dokumenten der Familie sowie dem Wissensstand der historischen Forschung. Er muss schließlich konstatieren: Seine »

Buchinformation:

Channah Trzebiner
Die Enkelin oder Wie ich zu Pessach die vier Fragen nicht wusste.

Weissbooks Verlag, Frankfurt am Main 2013
Gebundene Ausgabe, 280 Seiten
ISBN: 978-3-86337-028-2 · 19,90 €
(Dieses Buch ist auch als eBook erhältlich: ISBN 978-3-86337-044-2 · 9,90 €)

» Großeltern aus einer ganz durchschnittlichen deutschen Familie hatten sich dem NS-Regime mehr verschrieben, als sie es später zugeben wollten. Wie sich herausstellte, waren sie in Wahrheit überzeugte Nationalsozialisten gewesen, obwohl sie keine hohen Funktionen ausübten.

Beide Autoren bringen somit aus unterschiedlichen Perspektiven, aber auf gleichermaßen eindrucksvolle Weise zum Ausdruck, dass Nationalsozialismus und Holocaust häufig einen Teil der eigenen Familiengeschichte darstellen. Als Angehörige der Enkelgeneration haben sich Channah Trzebiner und Moritz Pfeiffer mit ihrer Familiengeschichte offen und schonungslos auseinandergesetzt. Sie haben es verdient, dass möglichst viele ihre bewegenden und lehrreichen Bücher lesen.

Das zahlreich erschienene Publikum hat in der Soirée die Gelegenheit rege wahrgenommen, den beiden Autoren Fragen zu stellen. Dem positiven Feedback zur Veranstaltung konnte man entnehmen, dass die Besucher in Frankfurt einen sehr ergreifenden und anregenden Abend erlebt hatten, der bei vielen noch lange nachwirken dürfte. ■

Jürgen Vits ist Mitglied der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

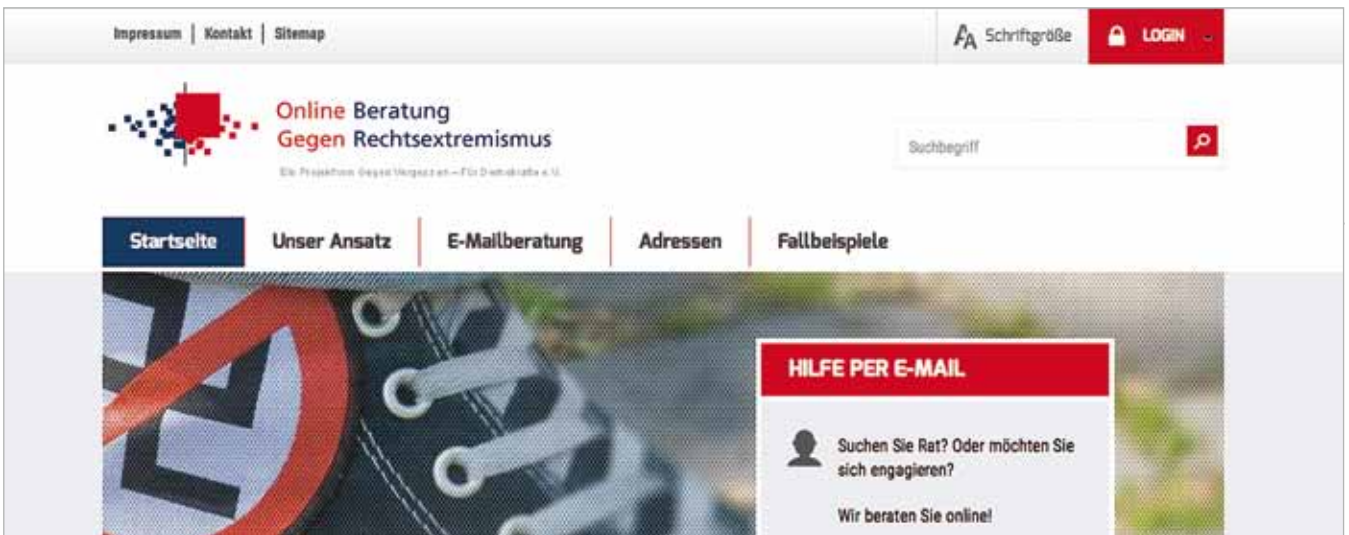
Buchinformation:

Moritz Pfeiffer
Mein Großvater im Krieg 1939–1945. Erinnerung und Fakten im Vergleich.

Donat Verlag, Bremen 2012
Gebundene Ausgabe, 214 Seiten
ISBN: 978-3-943425-02-4 · 14,80 €

Anzeige

Besuchen Sie auch unter: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



RAG Rhein-Main

Kate Dougherty

Immer Lauter: Die Stimme eines Unangepassten

Zur Veranstaltung „Umgang mit nonkonformen Jugendlichen in der DDR“ in der Lichtenbergschule, Darmstadt (LuO), am 9. Mai 2014 kam Stefan Lauter, ein Nonkonformer, um in „Rammstein“-Pullover und einer Cargohose die harte Realität seiner Jugend in den 1980er-Jahren in der DDR zu enthüllen. Seine Geschichten waren genauso „brachial“, wie der Musikstil der deutschen Hardrock-Band „Rammstein“ beschrieben wird. Als Jugendlicher, der „unbequeme Fragen“ stellte und daher als Staatsfeind abgestempelt wurde, schickten die DDR-Oberen ihn in verschiedene Jugendwerkhöfe, darunter in die geschlossene Einrichtung Torgau, wo ihm bittere Lektionen erteilt wurden. Das Ziel: eine Umerziehung zur „vollständigen sozialistischen Persönlichkeit“.

Stefan Lauter war in Begleitung der Autorin Grit Poppe, die sich seit Jahren sehr intensiv mit den Erfahrungen Jugendlicher in der DDR beschäftigt. Den Kontakt ermöglichte Andreas Dickerboom, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Die Veranstaltung organisierte Margit Sachse, Koordinatorin der Europaschulwoche an der LuO. Das diesjährige Thema der hessischen Europaschulen lautete „Aufstand der Jungen – Generationenkonflikt?“.

Foto: Margit Sachse

Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs übernahmen federführend die Moderation des Gesprächs mit der Autorin Grit Poppe und dem Zeitzeugen Stefan Lauter.

Nach der Begrüßung durch die Oberstufenschülerin Fabiana Locke, stellte der MDR-Dokumentarfilm „Schlimmer als Knast“ sachlich das Leben DDR-Jugendlicher in Jugendwerkhöfen dar. Interviews mit ehemaligen Häftlingen beleuchteten das Leiden unter dem Terror des DDR-Regimes.

Es folgte ein Interview, geführt von Lena Schmahl und Tim Stetz (Q4), mit Grit Poppe, die mit Stefan Lauter schon lange eng zusammen arbeitet und auch Schulen besucht. Ihre gründlichen Recherchen, Gespräche mit diversen Zeitzeugen aus der DDR sowie der Austausch mit Kontakten aus Torgau verhalfen ihr, den Jugendroman „Weggesperrt“ zu schreiben. Dieses 2009 erschienene Buch erzählt die Geschichte von Anja, die mit 14 Jahren in verschiedene Durchgangsheime geschickt wird. Ein misslungener Fluchtversuch und späterer Wutausbruch besiegeln ihr Schicksal: Das Mädchen landet in dem berüchtigten Jugendwerkhof Torgau. Dort wird ihr Leben komplett auf den Kopf gestellt und sie erlebt das knallharte Vorgehen der DDR-Erzieher am eigenen Leibe. Das Publikum der LuO hörte gespannt zu, als Grit Poppe eindrucksvolle Textstellen aus ihrem Roman vorlas.

Die ersten beiden Programmpunkte gaben den Zuhörern den Ton für den Mann der Stunde vor. Alle Augen richteten sich nun auf Stefan Lauter. Als Moderatorin des Zeitzeugengesprächs mit ihm hatte ich mich mit vielen auch sehr direkten Fragen bewaffnet. Die Geschichtskurse der Oberstufe sollten hautnah durch seine persönlichen Erzählungen von dem Leid erfahren, das DDR-Jugendliche mit rebellischer Ader durchleben mussten.

Alles begann in der Schule. Der junge Stefan hinterfragte die Prinzipien, die DDR-Führer propagierten. Immer häufiger stellte er „unbequeme Fragen“. Völlig empört beschimpfte ein Lehrer ihn schließlich als „Staatsfeind“. Nach diesem prägenden Vorfall trat Lauter demonstrativ aus der FDJ („Freien Deutschen Jugend“) aus, vertrieb sich die Zeit mit Punks auf dem Berliner Alexanderplatz und kam wegen seines Verhaltens im November 1984 nach Freital in einen offenen Jugendwerkhof. Doch die Erzieher konnten Stefans rebellische Tendenzen nicht kontrollieren. Sein unfolgsames Benehmen, die ständigen Provokationen und der Widerstand gegen eine Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit hatten zur Folge, dass Stefan nachts aus seinem Bett gezerrt und in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurde. Den Siebzehnjährigen »

» erwarteten dort viel strengere, grausamere Erziehungsmethoden als in den Jahren zuvor. Gleich nach seiner Verhaftung sperrte man ihn drei Tage lang allein in eine dunkle Gefängniszelle ein. So sollte sich der Festgenommene machtlos fühlen, sein Wille sollte gebrochen werden. Bei der Einweisung in Torgau hatte er keinerlei Informationen erhalten. Niemand wusste, wie lange er die unmenschlichen Umstände des Jugendwerkhofs würde ertragen müssen.

Stefan Lauter erinnerte sich sehr genau an den Tagesablauf in der Haftanstalt. Jede Minute jedes Tages war von strikten Erziehern pedantisch geplant. Der Frühsport bis zum Umfallen war als Erstes angesagt – unabhängig von den Wetterbedingungen. Danach schufteten die Insassen von acht Uhr morgens bis in den späten Nachmittag, unterbrochen nur von einer kurzen Essenspause. Und dann folgte nochmals das gleiche erbarmungslose Sportprogramm wie am Morgen. Hinzu kamen noch die abscheulichen Lebensbedingungen in Torgau. Für Stefan Lauter war der Jugendwerkhof nichts anderes als ein Zuchthaus. Den Jugendlichen wurde alles abverlangt. Stefan und seinen Kameraden blieb keine Sekunde individuell gestalteter Freizeit. Er vermisste seine Freunde sehr. Am meisten fehlte ihm jedoch seine Freiheit. In seinem Leben vor dem Aufenthalt in Torgau hatte er sich ganz normal, mit wenigen Einschränkungen, frei bewegen können. Plötzlich wurde ihm alles verboten.
Bevor Stefan Lauter in den Jugendwerkhof kam, spielte die Liebe eine bedeutende Rolle. Mit 15 Jahren hatte er sich Hals über Kopf in ein Mädchen verliebt und sich ausgemalt, mit 18 eine Arbeitsstelle zu finden, dazu eine eigene Wohnung, und dieses Mädchen eines Tages zu heiraten. Doch er wurde ruckartig aus seinem Leben gerissen und der Traum platzte.

Die von ihm mitgebrachten Gegenstände, Handschellen, Gummiknüppel und Schlagstock, spielten bei dem Umerziehungsprozess eine prominente Rolle. Sie wurden von Wärtern gern eingesetzt, besonders wenn Häftlinge Befehle missachteten, sich danebenbenahmen oder ohne Aufforderung sprachen. Dazu kam noch gnadenloses Einschüchtern, Anbrüllen und Einsperren. Das Ziel war ganz klar: Man sollte im Jugendwerkhof gefälligst

Foto: Margit Sachse

Grit Poppe und Stefan Lauter besuchten im Rahmen der Europawoche 2014 die Lichtenbergschule Darmstadt.

den Regeln folgen und sich nicht mehr gegen die Umerziehung aufbäumen. Stefan Lauter verdeutlichte den Schülern, wie ernst die Situation für die Jugendlichen in Torgau war und welch große Rolle körperliche und psychische Misshandlungen spielten. Auf die Frage, wie es Mädchen im Jugendwerkhof erging und ob sie eher Opfer sexueller Übergriffe waren, antwortete Lauter, sie seien genauso schlecht wie die Jungs behandelt worden. Es habe auch sexuelle Misshandlungen dort gegeben.

Die Trennung von seiner Familie in jungen Jahren belastete ihn nicht ungemein, da das Verhältnis zu seiner Mutter und seinem Stiefvater gestört war. Lauter wuchs in einem kommunistischen Elternhaus auf. Sein leiblicher Vater, ein Stasi-Offizier, hatte die Familie verlassen, als Stefan klein war. Die darauffolgenden Jahre seiner Kindheit waren fürchterlich: Sein gewalttätiger Stiefvater misshandelte ihn regelmäßig, die eigene Mutter setzte sich nicht für ihren Sohn ein. Dies führte zu großen Spannungen und Vertrauensverlust. Um dem Stiefvater und den Prügeleien auszuweichen, verbrachte Stefan die meiste Zeit mit seinen Freunden. In seinem eigenen Zuhause fühlte er sich nicht sicher. Ein Ereignis hatte das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht. Als seine Mutter der Schulleitung und dem Jugendamt Stefans „Fehlverhalten" erklären sollte, war ihre eiskalte Aussage: „Ich habe keinen Sohn Stefan mehr." Danach war ihr Verhältnis für immer zerbrochen.

Auch der Empfang nach seiner Entlassung aus dem Jugendwerkhof war alles andere als herzlich: Seine Mutter glaubte seine Geschichten aus Torgau nicht, worauf Stefan sofort das Haus verließ.

Jahre später besuchte er die Gedenkstätte in Torgau mit seiner Mutter. Dort habe sie endlich erfasst, welche Hölle ihr Sohn durchleben musste, erzählte er. Heute schäme sie sich für ihr Verhalten. Seitdem Lauter öffentlich seine Geschichte erzählt, traue sie sich kaum noch aus dem Haus. Nicht nur ihr Sohn, sondern auch viele andere finden ihr Benehmen in seiner Kindheit verachtenswert.

Torgau hat bei Stefan Lauter tiefe Spuren hinterlassen, mit denen er heute leben muss. Er verließ den Jugendwerkhof mit deutlichem Körpergewichtsverlust und anderen physischen Schäden. Heute hat er noch Knie- und Rückenbeschwerden. Psychologisch gesehen führten die seelischen Strapazen in Torgau zu posttraumatischen Belastungsstörungen. Seit einigen Jahren kann er aufgrund der erlittenen Haftfolgeschäden keinen Beruf mehr ausüben.

Als ich Stefan Lauter zum ersten Mal persönlich sah, erregte sein Erscheinungsbild meine Aufmerksamkeit. Ich fragte ihn, ob sein eher herbes Aussehen die Härte widerspiegele, die er in sich trage. Er reagierte etwas verblüfft, gestand aber, dass es im Alltag tatsächlich Situationen gebe, in denen manche ihn aufgrund sei-

nes Äußeren meiden. Als Beispiel nannte er die Begegnung mit älteren Damen in Supermärkten. Er gehöre heute noch zur Punkszene und höre nach wie vor dieselbe Musik. Ohne Frage haben die bitteren Erfahrungen seiner Jugend ihn in vieler Hinsicht abgehärtet, und das zeige er auch mit seinem Outfit.

Stefan Lauter gehört zu den wenigen, die Jahre später wegen der körperlichen und psychischen Misshandlung, der Nötigung und des massiven Freiheitsentzugs durch die Führungskräfte in Torgau rechtliche Maßnahmen ergriffen. Da jede Anordnung der verantwortlichen „Erzieher" – im Auftrag der DDR-Volksbildung – in den Akten der Häftlinge ausführlich dokumentiert wurde, war es einfach zu belegen, was den Jugendlichen angetan wurde. Lauter erkämpfte sich vor Gericht sowohl eine Haftentschädigung als auch eine Erwerbsunfähigkeitsrente.

In drei Jahren beginnt die „zweite Hälfte" seines Lebens – er wird 50. Wie sieht er seine Zukunft? Stefan Lauter möchte diesen Lebensabschnitt nutzen, um den Kontakt mit seinen zwei Kindern zu pflegen und ein möglichst normales Leben zu führen.

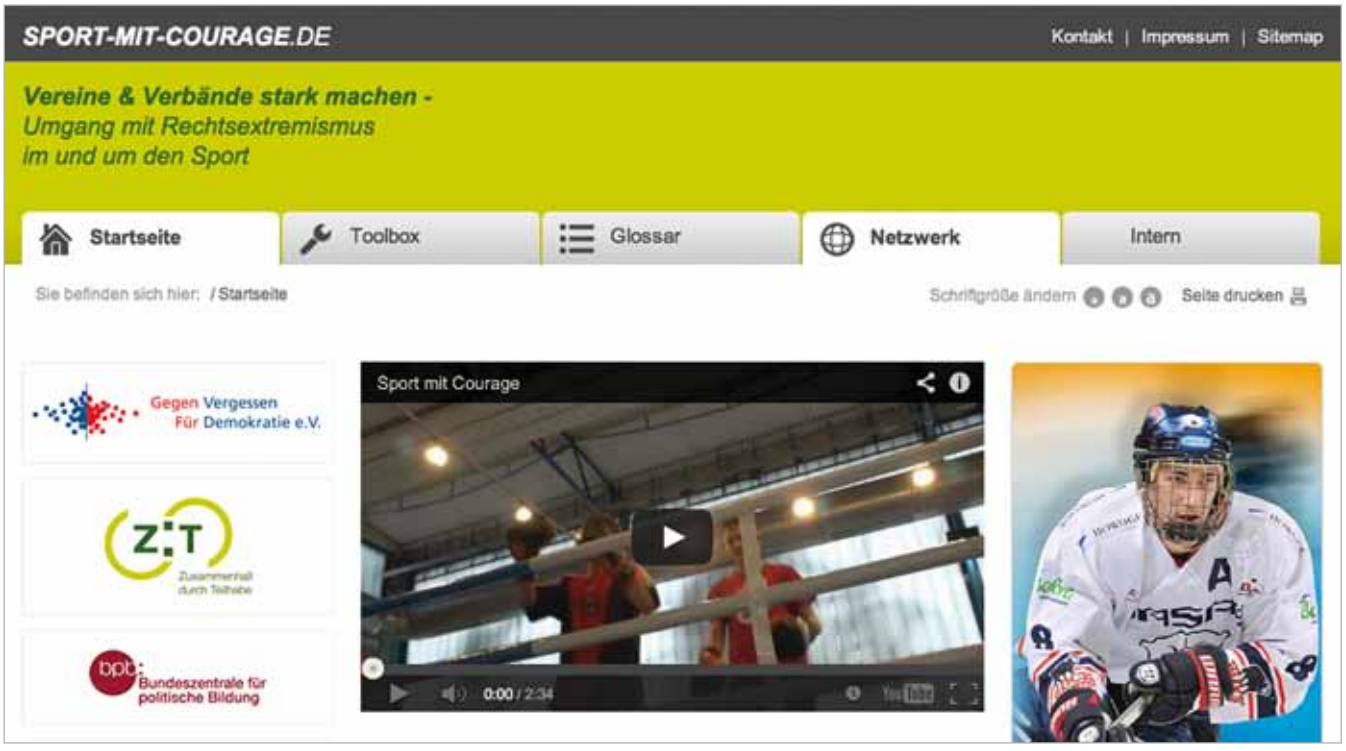
Das Gespräch mit ihm war fesselnd. Dieser tapfere, unangepasste Mann erzählte unverblümt von seiner unheilvollen Vergangenheit und einem bewegten Leben. Für Jugendliche von heute sind die erschütternden Erfahrungen des jungen Stefan undenkbar. Alle Veranstaltungsteilnehmer waren sehr erstaunt, dass solche extremen Maßnahmen gegen andersdenkende Minderjährige sogar bis Ende der 1980er-Jahre in Ostdeutschland durchgeführt wurden. Heutzutage wären diese krassen Erziehungsmethoden in einem hochentwickelten Land wie Deutschland kaum durchführbar. Und doch geschahen auch in der Bundesrepublik persönlichkeitsverletzende Vorgänge wie in der Odenwaldschule. Stefan Lauter hob warnend hervor: Missbräuche seien überall, nicht nur in Diktaturen, möglich. Immerhin würde in der heutigen Zeit die ganze Welt durch die sozialen Medien davon erfahren und einschreiten, ehe Brutalitäten im Ausmaß von Torgau aufträten. Insbesondere Humanität und Menschenrechte stehen in unserer Zeit sehr im Vordergrund des kollektiven Bewusstseins der Gesellschaft. Jeder politische oder soziale Fehltritt wird in Windeseile offengelegt. Sicherlich betrachtet Stefan Lauter die technologischen Fortschritte und deren Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft als positiv.

Seine Intention scheint zu sein, unserer Generation durch Schulbesuche seine unauslöschlichen Narben zu zeigen in der Hoffnung, dass wir die beißende Lehre der Vergangenheit begreifen und durch unser Handeln und auch mit rigorosem Widerstand gegen Autoritätsmissbrauch jeglicher Art ankämpfen. Seine Seele hat unverhältnismäßige Gewalt ertragen müssen und wir schulden ihm große Dankbarkeit, dass er als Persönlichkeit stark genug ist, seine schmerzhaften Erlebnisse mit uns zu teilen, die uns noch lange beschäftigen werden.

Kate Dougherty absolvierte im Mai 2014 ihr Abitur an der Lichtenbergschule in Darmstadt und bereitet sich zurzeit auf ein Studium in den USA vor. Sie hat sich einige Jahre lang intensiv an dem von der Lehrerin Margit Sachse initiierten Projekt „Schüler gegen das Vergessen" beteiligt und unterstützt heute noch die jüngeren Mitglieder mit Rat und Tat.

Anzeige

Vereine und Verbände stark machen gegen Rechtsextremismus! Besuchen Sie unsere Seite: www.sport-mit-courage.de



Max Mannheimer: Zum 95. Geburtstag

Am 6. Februar 2015 ist Max Mannheimer 95 Jahre alt geworden. Geboren wurde Mannheimer im tschechoslowakischen Neutitstein, von dort floh seine Familie nach den Novemberpogromen von 1938 und einer zeitweisen Verhaftung des Vaters nach Ungarisch Brod. Die Familie wurde als jüdisch verfolgt und 1943 zuerst ins Ghetto von Theresienstadt deportiert, anschließend nach Auschwitz-Birkenau. Dort ermordeten die Nationalsozialisten innerhalb kürzester Zeit Mannheimers Eltern, Schwester und Bruder. Er und sein Bruder Edgar überlebten Ghetto und Konzentrationslager, sie wurden unter anderem nach Warschau und Dachau deportiert. Geschwächt und krank durch Typhus erlebten er und sein Bruder die Befreiung vom Nationalsozialismus im bayrischen Tutzing während eines Evakuierungstransports.

Bereits 1956 begann Mannheimer, in einem Interview über seine Erlebnisse und Erfahrungen im Nationalsozialismus zu berichten. Er engagierte sich in jüdischen Hilfsorganisationen und schrieb 1964 seine Lebensgeschichte auf, ursprünglich nur für seine Tochter. 1985 erschien eine erste Veröffentlichung seines Interviews in den Dachauer Heften. Seit 1988 ist er Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau. Er arbeitete als Kaufmann in München und begann unter dem Namen ben jakovs zu malen. Im Jahr 2000 erschienen seine Erinnerungen als Buch mit dem Titel „Spätes Tagebuch". Max Mannheimer ist unter anderem Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Bayerischen Verdienstordens und der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber und Gold. Er ist Mitglied im Beirat von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und wurde im Jahr 2000 zum ersten Ehrenmitglied der Vereinigung ernannt.

Foto: Freud, unverändert, CC BY-SA 3.0, http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/

Max Mannheimer auf einer Veranstaltung 2014.

Wir danken Max Mannheimer an dieser Stelle nochmals für sein langjähriges Engagement und wünschen ihm zu seinem Geburtstag herzlich alles Gute. ■

Die Rede von Hans-Jochen Vogel und von Max Mannheimers Enkelin Judith Faessler zu seinem Geburtstag finden Sie auf www.gegen-vergessen.de

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251

DDR-Museumskonzeption bekommt Preis

Das DDR-Museum Pforzheim ist Preisträger im Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema „Geschichte erinnern – Zukunft gestalten", der zum 25. Jahrestag des Mauerfalls ausgeschrieben worden war. Unter 250 Wettbewerbsteilnehmern wurden 25 Preisträger mit ihren Projekten ausgewählt, von denen jeder mit einer Urkunde und einem Preisgeld von 5.000 € gewürdigt wurde.

Die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim" hatte sich mit dem Projekt einer neuen Konzeption der Dauerausstellung unter dem Titel "25 Jahre deutsche Einheit – ein Museum wandelt sich zum Lernort Demokratie" beworben. Die Stiftung wurde 2012 mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg, vielen Bürgern aus der Region sowie mit erheblich finanzieller und ideeller Unterstützung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gegründet, um nach dem Tod des Sammlers Klaus Knabe das Museum für die Zukunft zu erhalten.

Wie der Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, bei der Preisverleihung in der brandenburgischen Landesvertretung in Berlin betonte, freue er sich über den Preis für das DDR-Museum, weil diese Einrichtung als einzige dieser Art im Westen Deutschlands für die gegenwartsbezogene Erinnerung an die deutsche Teilung eine eminent wichtige Rolle einnehme. Birgit Kipfer, die als Vorstandsvorsitzende der Stiftung den Preis entgegennahm, zeigte sich hoch erfreut. „Dieser Preis steht in der Tradition des Wirkens vom Gründer unseres Museums, Klaus Knabe. Auch er hat schon einmal einen solchen Preis gewonnen. In Berlin habe ich viele Menschen getroffen, die sich gut an ihn und sein Museum erinnern." Dieser Preis sei sehr willkommen, helfe er doch mit, die neue Dauerausstellung zu finanzieren. ■

Foto: Privat

Birgit Kipfer mit dem Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, während der Preisverleihung.

Informationen zur Stiftung Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim bei: Birgit Kipfer, Email: Email: kipfer.rohrau@t-online.de

KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen: Neues Buch erschienen

Mit der Anforderung von 600 jüdischen Häftlingen aus dem KZ Stutthof bei Danzig wurde aus dem Arbeitslager, in dem Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter interniert waren, das KZ Hailfingen/Tailfingen, ein Außenkommando des KZ Natzweiler im Elsass. Das Lager existierte von Mitte November 1944 bis Mitte Februar 1945. In diesen drei Monaten kam fast ein Drittel der Häftlinge ums Leben. Nach der Auflösung des Lagers wurden die Überlebenden in die KZ Vaihingen/Enz und Dautmergen deportiert.

Volker Mall und Harald Roth haben in ihrer über zehnjährigen Recherche eine Fülle von Informationen zusammengetragen. Im Mittelpunkt standen dabei die Schicksale der Häftlinge. Dieses Buch informiert nun über alle 601 Häftlinge. ■

Buchinformation:

Volker Mal
Die Häftlinge des KZ-Außenlagers Hailfingen / Tailfingen – Daten und Porträts aller Häftlinge
Hrsg. von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen und KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen e.V, Norderstedt 2014
Broschiert, 420 Seiten
ISBN 978-3-7386-0332-3, 13,99 €, E-Book 7,99 €

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Die Schuhe am Ufer der Donau …

Vom Überleben und Sterben in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts

Jacques Rivière ist 28 Jahre jung und ein bekannter Literaturkritiker, einer mit Einfluss. Er ist verheiratet und hat eine kleine Tochter. Er ist Unteroffizier im 220. Französischen Infanterieregiment. Am frühen Morgen des 25. August 1914 wird Jacques Rivière mit einer Reihe seiner Kameraden von den Deutschen in Éton gefangengenommen – Éton liegt etwa 50 Kilometer nordwestlich von Metz. Für Jacques Rivière ist der Erste Weltkrieg zu Ende, bevor er überhaupt richtig begonnen hat.

Jacques Rivière und seine Kameraden werden verladen und per Zug in ein Lager nach Königsbrück in der Oberlausitz verfrachtet. Hier wird er die nächsten drei Jahre bleiben, bewacht von den Deutschen, bis er im Juni 1917 in die Schweiz verlegt wird. Ein Jahr später, im Juli 1918, darf er zurück nach Hause. Im gleichen Jahr erscheint bei Gallimard in Paris sein Buch „Der Deutsche. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen". Es kommt noch vor dem Ende des Ersten Weltkriegs in die Buchhandlungen. Unverändert neu aufgelegt wird es sechs Jahre später, 1924. Nur ein neues Vorwort schreibt Rivière dazu, am ursprünglichen Text ändert er nichts. Und dieser Text hat es in sich, er beginnt so:

„Mir scheint, daß man auf dem Holzweg ist, wenn man an den Deutschen zuallererst Gefühle von abnormer Gewaltsamkeit und Grausamkeit, ein wütendes Temperament feststellen möchte. Ich leugne diese Gewaltsamkeit, diese Grausamkeit, diese Wut nicht, für die es so viele bestätigte Beispiele gibt. Aber ich glaube nicht, daß es bei ihnen etwas Angeborenes ist. Daß sie Barbaren sind, leugne ich nicht, aber es kommt mir auch nicht so vor, als seien sie es ganz nach Art der Hunnen."

Rivière hat in der deutschen Gefangenschaft dieses Psychogramm der Deutschen geschrieben. Seine Voraussetzungen: Er spricht deutsch, er kann sich verständigen, als er ins Lager kommt. Er kann Zeitungen lesen, er perfektioniert sein Deutsch, er arbeitet zwischendurch als Dolmetscher. Seine deutschen Gesprächspartner sind die deutschen Wachmannschaften: einfache Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere. Sie liefern den Stoff, aus dem seine Studie ist. Er, der Goethe und Kant mag, Schopenhauer und Nietzsche; er, der die Musik Bachs und Beethovens und Wagners liebt er ist viel zu klug, um nicht zu wissen: Sein „wohlüberlegtes, sachliches, wahrheitsgetreues Werk" ist voller Wut und Leidenschaft, wohlüberlegt böse, voller präziser, scharfer Formulierungen und blitzgescheit.

Dem Deutschen fehle die „natürliche Begeisterung", auch spontan sei er nicht. Er sei kein Sadist, er sei auch nicht fanatisch. Er tue „bis ins letzte […], was getan werden muß, mit genau der Sorgfalt, Methode und Gründlichkeit, die man dafür wird aufbringen können." Das Wort Gründlichkeit steht auf Deutsch im französischen Original, und es ist nicht das einzige. Pflicht und Wille und Verpflichtung, das sind die wichtigsten, die zentralen Begriffe, die den Deutschen charakterisieren – und Wille ist der wichtigste von ihnen. Ja, und Arbeit, Arbeit sei ihm alles, und „ungeheuerlich erziehbar" sei er auch.

Bis heute war „Der Deutsche. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen" nicht ins Deutsche übersetzt. Und der Leser heute, fast 100 Jahre nach dem ersten Erscheinen dieses Buches, fühlt sich von Zeile zu Zeile mehr in eine völlig andere Zeit versetzt, ganz so, als schreibe dieser junge Jacques Rivière nicht über die Deutschen zur Zeit des Ersten Weltkriegs, sondern über das Deutschland nach 1933. Es scheint so, als sei er seiner eigenen Zeit im Urteil über die Deutschen weit voraus. 20 Jahre? Oder 30 Jahre? Es liest sich gespenstisch, heute. Nehmen Sie diesen Absatz zum Beispiel:

„Es gibt ein Wort, für das jeder gute Deutsche eine heimliche Schwäche hat, welches das größte Lob ist, das er ausstellen kann und durch dessen steten und liebevollen Gebrauch er seine tiefgreifende moralische Haltlosigkeit verrät, all das, was sein Bewusstsein an Rückgratlosigkeit enthält. Es ist das Wort anständig." Und etwas später: „Der Deutsche ist ein anständiger Mann, das heißt ein Mann, der den Dingen mit Verständnis begegnet, mit dem man re-

Jacques Rivière:
Der Deutsche. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen.

Lilienfeld Verlag, Düsseldorf 2014
Gebundene Ausgabe, 208 Seiten
ISBN: 978-3-940357-12-0 • 19,90 €

den kann, ein Mann, dessen Geist sich den Gegebenheiten und allen Maßgaben des Schicksals beugt, ein Mann, dem keine zu starre oder zu fixe Idee zu schaffen macht, ein Mann, der an keiner unwiderruflichen Ordnung seiner Ideen leidet."

Jacques Rivière, der Freund von Paul Claudel und André Gide, der Lektor und Betreuer von Marcel Prousts „À la recherche du temps perdu" [„Auf der Suche nach der verlorenen Zeit"] im Verlag Gallimard, der Chefredakteur der NRF, der „Nouvelle Revue Française" – Jacques Rivière ist am 14. Februar 1925 im Alter von gerade 38 Jahren gestorben. Ihm ist erspart geblieben, erleben zu müssen, wie menschenverachtend sein Psychogramm der Deutschen Wirklichkeit werden sollte nur wenige Jahre später. Am 4. Oktober 1943 hält Heinrich Himmler, der Reichsführer SS, vor hohen SS-Führern in Posen eine seiner berüchtigtsten Reden gegen die Juden und für den Endsieg und den deutschen Menschen sowieso: „Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1.000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht."

Es war hohe Zeit, dass Jacques Rivières für uns alles andere als bequeme Erinnerungen und Betrachtungen „Der Deutsche" endlich auf Deutsch erschienen sind.

Hamburg am 25. und am 28. und am 30. Juli 1943: Operation „Gomorrha". So bisher nie erlebte, schwerste Fliegerangriffe treffen die Hansestadt, Feuerstürme folgen, die genaue Zahl der Toten wird nie zu ermitteln sein. Polizeiberichte gehen von 34 000 Toten aus, viele andere nennen 40 000 Opfer oder mehr. 315.000 Häuser oder Wohnungen sind zerstört oder unbewohnbar, doch bei Blohm & Voss wird weitergearbeitet und im Hafen auch. Schon im November 1943 erreicht die Industrie in Hamburg wieder 80 Prozent ihrer Produktion vor den verheerenden Luftangriffen gerade drei Monate zuvor.

Die Strategie der Briten und der Amerikaner geht nicht auf (wie zuvor auch entsprechende Strategien der Deutschen nicht aufgegangen sind). Massenhaft Brand- und Sprengbomben aus höchster Höhe abzuwerfen, das macht strategisch wenig Sinn – und daran wird sich auch bis zum Kriegsende nichts ändern. Schon 1941 ist nach zahllosen Angriffen der deutschen Luftwaffe auf kriegswichtige Fabriken in England in einem Bericht zu lesen, „dass der Index der Kriegsmaterialproduktion im April 1941 stärker von den Osterfeiertagen beeinflusst worden sei als von den Luftangriffen". Oder in Zahlen: 558 Fabriken waren angegriffen worden, gerade acht waren so stark zerstört worden, dass sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen konnten.

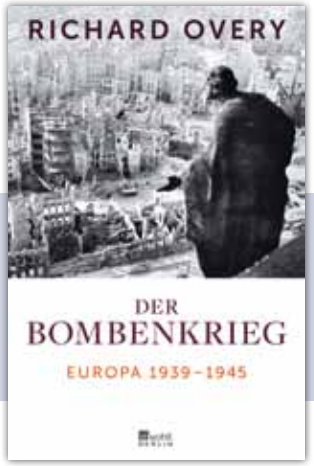
Die von allen Seiten angenommenen ökonomischen, moralischen oder politischen Folgen der großen Luftangriffe bleiben überall in Europa weitestgehend aus, sie sind weit geringer als die militärischen. „Die strategischen Bombardements [hatten] den Krieg nicht gewonnen", sollte der amerikanische Nationalökonom John K. Galbraith später festhalten und in seinen Memoiren diese ernüchternde Bilanz ziehen: „Wir erkannten allmählich, dass wir auf eine der größten Fehleinschätzungen, ja, vielleicht sogar auf die größte Fehlkalkulation des Krieges gestoßen waren."

Die Bilanz dieser „Fehlkalkulation" zwischen 1939 und 1945 in ganz Europa: 600.000 Tote und mehr als eine Million Schwerverletzte allein durch Bombardements. Fast ohne jede Wertung, staubtrocken sammelt der an der University of Exeter lehrende Zeithistoriker Richard Overy Daten, Fakten, Hintergründe (und immer wieder Zahlen, Zahlen um Zahlen, was die Lektüre anstrengend macht und ab und an schwer erträglich, wenn – wissenschaftlich korrekt, keine Frage! – die „Opferrate pro Tonne abgeworfener Bombenlast" errechnet wird).

Es ist das ganze Europa, das zum ersten Mal Gegenstand einer Geschichte des Bombenkriegs ist. Die Luftwaffen und die Bevölkerung, die Militärs und die Zivilisten, die Angreifer und die Opfer werden gleichgewichtig berücksichtigt (und die politischen, die gesellschaftlichen, die kulturellen Folgen auch). Penibel konzentriert sich Richard Overy nicht nur auf die Bombardements einzelner Städte und ihre Folgen, entsprechend genau kümmert er sich um Zivil- und Luftschutz, um Schutzräume und Alarmpläne, um das Engagement für die Zivilbevölkerung wo auch immer, das der militärischen Entwicklung und dem Kriegsgeschehen allzu oft hinterherhinkt, immer wieder überall und bis zum Schluss.

„Nach 1945 waren strategische Bombardements in Europa, so wie sie im Zweiten Weltkrieg praktiziert wurden, keine militärische Option mehr." Die Existenz der Atomwaffen war einer der wichtigsten, aber längst nicht der einzige Grund für diese wenigstens ein bisschen tröstliche Bilanz. Die zivilen Opfer des Bombenkriegs nicht nur als „Kollateralschaden", sondern bewusst einkalkuliert und geplant als Angriffe auf die gewissermaßen zweite Frontlinie, gegen die „Heimatarmee", auf die „Heimatfront", das hätten die nach den bitteren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg „sensibilisierten" europäischen Nachkriegsgesellschaften nicht mehr, nein: nie wieder akzeptiert.

Warum ausgerechnet die großen liberalen Demokratien USA und Großbritannien die Vorreiter waren; warum ausgerechnet sie die ersten großräumige Bomberoffensiven planten und durchführten (und das in Großbritannien auch noch gegen den in Umfragen nachgewiesenen massiven Widerstand der eigenen Bevölkerung, trotz der Bombardierung Londons), dafür lassen sich eine Fül- »



Richard Overy
Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945.

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2014
Gebundene Ausgabe, 1.056 Seiten
ISBN 978-3-87134-782-5 • 39,95 €

» le geopolitischer oder militärischer Gründe anführen und Winston Churchills einsame Entschlüsse auch – an der Verwirrung und dem Unbehagen des Lesers heute ändert das gar nichts. Das unter anderem ist der Stoff, über den sich weiter nachzudenken lohnt, Wertungen und Emotionen inklusive.

Apropos nachdenken: Was soll Ernő Szép im Luftschutzkeller des „Sternhauses" anderes tun als nachzudenken, wenn die Sirenen ihn wie üblich aus „Mangel an Sensibilität" vom Lesen abhalten oder vom Spaziergang auf seinem Balkon oder vom Teetrinken? Wenn Verdunkelung ist und kein Licht mehr brennt im Haus, auch weil alle Mitbewohner schon schlafen abends zu seiner Lesezeit? Bücherlesen könnte ablenken von den Bomben auf Budapest, Bücherlesen lenkt ab von der Angst vor Deportation. Allerdings sollen manche Juden, hat ein Schriftstellerfreund berichtet, ihr Bad mit englischsprachigen und verbotenen ungarischen Büchern geheizt haben, seit das Gerücht geht: Juden kommen ins Internierungslager, sollten die faschistischen, antisemitischen Pfeilkreuzler englischsprachige Literatur bei ihnen entdecken.

In die mit einem „Judenstern" gekennzeichneten „Sternhäuser" in Budapest hatte die ungarische Regierung viele der etwa 200.000 dort lebenden Juden interniert, sie hatten ihre Wohnungen zu räumen. Der Schriftsteller Ernő Szép und seine Schwestern wohnten bereits seit Juni 1944 in einem „Sternhaus" in der Pozsonyi-Straße, das Szép nur verließ, wenn es gar nicht anders ging: „habe keine Lust, meinen Stern spazieren zu tragen". Äußerst höflich geht man hier im Haus miteinander um, man weiß, was sich gehört, die Herren bleiben Herren auch später noch, als sie Panzersperren ausheben, nur wenig zu essen haben, die Bärte sprießen, alle vor sich hin müffeln und Wachposten zuschlagen.

Am 15. Oktober haben in engem Schulterschluss mit den deutschen Besatzern die Pfeilkreuzler die Macht übernommen, sofort beginnt die Deportation der Juden. Nur fünf Tage später ist der Morgen in der Pozsonyi-Straße an diesem 20. Oktober 1944 anders als gewohnt. „Bitte aufstehen, bitte sogleich aufstehen!", ruft Herr T., der Wohnungswart, um sechs Uhr früh. Selbst Herr K., der Hauskommandant, überprüft das Aufstehen. „Nichts Schlimmes, Ernő", beruhigen die Schwestern. „Wahrscheinlich wieder so eine Musterung."

Ernő Szép bewahrt die Contenance, die Ruhe, seinen Stil: beim Sammeln vor dem Haus, beim Antreten in Dreier- oder Vierer-Reihen, beim Marsch durch die Straßen, beim Geschrei der jungen Pfeilkreuzler, beim Schleppen des Gepäcks, beim stundenlangen Marschieren … und in seinem Notizbuch, das er über diese dann drei Wochen führt zwischen dem 20. Oktober und dem 9. November 1944, abends im Strohlager, irgendwann in den Pausen, erschöpft und mit Blasen an den Händen, müde, kaputt und hungrig und zwischendurch voller Hoffnung: Die Anträge an den Reichsverweser, den „Judenstern", diese „Brandmarkung", dieses „schändliche Zeichen der Missachtung" nicht mehr tragen zu müssen, sollen endlich bearbeitet und positiv beschieden werden, hört man die schwedischen Schutzbriefe sollen eintreffen, hört man und dann habe die Schweiz protestiert, das hört man auch.

Die Herren bemühen sich alle sehr, ihre Würde zu bewahren, die Quälereien nicht allzu nah an sich herankommen zu lassen, sich gegenseitig zu unterstützen und zwischendurch ein bisschen von den guten alten Zeiten zu träumen und sich zu erinnern. Und manchmal helfen sogar solche (skurrilen? leise ironischen?) Überlegungen: „Was übrigens Goethe angeht, so finde ich, dass er kein Deutscher, sondern eben Goethe war. Auch Beethoven war kein Deutscher, sondern Beethoven. Sie sind in diesem Land geboren, weil der Schöpfer die germanische Rasse durch sie humanisieren wollte. […] Ich selbst suche unter den Deutschen die Ausnahmen, die Unschuldigen; die Buchstaben der gotischen Schrift aber verursachen mir schon lange Unbehagen, ich sehe lauter Bajonette darin."

Ernő Szép hat Glück, nach drei Wochen ist seine Leidenszeit vorbei. Am 9. November 1944 sind sie wieder am „Sternhaus" in der Pozsonyi-Straße. Mit einem schwedischen Schutzbrief kann der Schriftsteller ausreisen. Nach dem Kriege kommt er zurück nach Budapest. Er veröffentlicht nicht mehr viel, schon 1945 „Emberszag". Das Buch wird zwei Jahre später, 1947, in einem Wiener Kleinverlag auf Deutsch erscheinen: „Drei Wochen 1944". 70 Jahre später ist es jetzt endlich wieder da: „Zerbrochene Welt. Drei Wochen 1944."

Und so endet dieses Buch: „Es war der 9. November, als wir heimkamen. Was ab dem nächsten Tag mit mir, mit uns allen geschah, berichte ich nicht mehr. Ich meine, dies zu beschreiben und zu glauben verbietet sich. Und für das, was ich bis hierher erzählt habe, gilt: ‚If you want, remember, if you want, forget.'"

Am 2. Oktober 1953 ist Ernő Szép fast vergessen in Budapest gestorben.

565.000 Menschen haben in Ungarn den Holocaust nicht überlebt. An sie erinnern am Budapester Ufer der Donau 60 Paar Schuhe aus Metall, zurückgelassen wirken sie, wie zwischendurch nur mal abgestellt, ganz so, als kämen ihre Besitzer gleich wieder zurück ans Ufer. Zeugnisse der Geschichte wie Ernő Széps „Zerbrochene Welt", die von drei Wochen aus einer Zeit erzählt, deren ungarischen Anteil die gegenwärtige ungarische Regierung unter Victor Orban am liebsten aus den Geschichtsbüchern streichen möchte. „If you want, fortget"? Nein! „If you want, remember"! ■

Ernő Szép
Zerbrochene Welt. Drei Wochen 1944

Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2014
Broschiert, 240 Seiten
ISBN: 978-3-423-26026-8 • 14,90 €

Zuerst auf der Straße, zuletzt in der Zeitung

Andreas H. Apelt

Wer heute über die Friedliche Revolution redet, betrachtet in erster Linie die Ereignisse in Berlin und Leipzig. Doch nicht genug, eine Diskussion ist darüber entbrannt, wo sich das „wahre revolutionäre Zentrum" befindet. Für Leipzig wird die entscheidende Montagsdemonstration am 9. Oktober ins Feld geführt, während für Berlin die größte Demonstration der Revolution am 4. November und natürlich der Mauerfall stehen. Doch vergessen wird allzu oft, dass es gerade das Zusammenspiel verschiedener Akteure an unterschiedlichen Orten war, das die siegreiche Revolution erst ermöglicht hat.

Städte wie Dresden und Plauen haben es im vielstimmigen revolutionären Chor durchaus schwieriger, gewichtige Argumente für sich selbst vorzubringen. Dabei haben sie in vielerlei Hinsicht Vorreiterrollen eingenommen. In Plauen findet der Unmut, in der Geschichtsschreibung vernachlässigt worden zu sein, seine Aussage in dem Satz: „Wir waren zuerst auf der Straße und zuletzt in der Zeitung." Daran ist einiges wahr, wie Udo Scheer in seinem lesenswerten Buch „Wir kommen wieder! Plauen 89" herausgearbeitet hat.

Die vogtländische Textil- und Industriestadt spielt schon zu DDR-Zeiten eine besondere Rolle. Ein Grund ist die Lage unweit der fränkischen Stadt Hof. Mit dem Transitabkommen von 1973 und dem dadurch ermöglichten kleinen Grenzverkehr bewahren Tausende Hofer und Plauener ihre jahrhundertealte Verbindung. Dies mag auch der Grund dafür sein, dass die Plauener früher als andere „Deutschland – einig Vaterland!" rufen. Doch Plauen war auch anderweitig Vorreiter. Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 gelang es Oppositionellen, in 40 der 99 Wahllokale der Stadt die Wahlfälschung nachzuweisen. Das dürfte in der DDR Rekord sein.

Die Ausreisebewegung des Sommers '89 traf auch Plauen. Bekannt sind die Bilder von den Ausreisewilligen der Prager Botschaft, die gezwungen waren, in Sonderzügen über Dresden in die Bundesrepublik zu reisen. Schließlich finden dort am 4. Oktober erste bürgerkriegsähnliche Tumulte statt. Doch wer weiß schon, dass es ähnliche Szenen auch in Plauen gab, wo am 5. Oktober der „Obere Bahnhof" durch Bereitschaftspolizei geräumt werden muss. Die gut tausend Demonstranten skandieren: „Deutschland, Deutschland – Freiheit, Freiheit!"

Der 7. Oktober schließlich ist ein Ruhmesblatt für die knapp 70.000 Einwohner zählende Stadt. Der Staatsfeiertag der DDR hinterlässt hier tiefe Spuren. Im Vorfeld ist ein Werkzeugmacher, Jörg Schneider, der auslösende Funke. Zusammen mit Kollegen bringt er ein Flugblatt in Umlauf. Ihre Forderung: „Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, freie demokratische Wahlen, Reisefreiheit für alle".

Für die SED-Oberen ist dies eine offene Kampfansage. Die Kreiseinsatzleitung des Ministeriums für Staatssicherheit rechnet mit bis zu 400 „Unruhestiftern" und beginnt am Morgen des 7. Oktober mit willkürlichen Verhaftungen. Doch bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration befinden sich 3.000 Personen auf dem Theaterplatz. Um 15 Uhr sind es schließlich 5.000, eine Masse, gegen die die 60 Wehrpflichtigen der Bereitschaftspolizei wenig ausrichten können. Als die Einsatzleitung mit Wasserwerfern, umgebauten Tanklastfahrzeugen der Berufsfeuerwehr, versucht, die Menge auseinanderzutreiben, fliegen Pflastersteine. Der Einsatz wird schnell abgebrochen, schließlich solidarisieren sich inzwischen 9.000 Plauener mit den Demonstranten. Doch die Menge kommt angesichts neuer Sperrketten auf ihrem Weg zum Rathaus bald zum Stehen. In der Folge formiert sich ein neuer Protestzug. Rufe nach „Pressefreiheit" und „Neuem Forum" werden schnell laut. Die Staatssicherheit setzt sogar einen Hubschrauber ein, um die Massen einzuschüchtern.

Doch auch dies gelingt nicht. Bald sind die Sprechchöre lauter als der Hubschrauberlärm. Unter dem Druck der Massen ist schließlich der Oberbürgermeister Dr. Martin, unter Vermittlung des Superintendenten Thomas Küttler am nächsten Tag zu einem Gespräch bereit.

Unter dem Geläut der Lutherkirche gehen die Demonstranten nach Hause. Auf den Lippen der Schwur „Wir kommen wieder!". Damit haben die Bürger Plauens erstmals in der Geschichte der DDR den Staatsapparat zum Einlenken bewegt und die Herrschenden zum Gespräch gezwungen. Ein großer Verhandlungserfolg im Ringen des revolutionären Herbstes, der bald in Dresden und Leipzig Schule macht.

Udo Scheer hat nach monatelangen Recherchen die Ereignisse anschaulich und spannend geschildert. Vieles ist neu und wird manch Urteil revidieren. Ein Muss für jeden, der revolutionäre Geschichte auch jenseits von Berlin und Leipzig verstehen will. ■

Andreas H. Apelt Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V. und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Udo Scheer
Wir kommen wieder! Plauen 89. Eine Stadt demonstriert sich nach Deutschland.

Mitteldeutscher Verlag, Halle 2014
Broschiert, 240 Seiten
ISBN: 978-3-95462-436-2 • 14,95 €

Täter, Retter, Widerständler

Heiko Haumann

Bis in die 1960er-Jahre galt in der bundesrepublikanischen Rechtsprechung, auch des Bundesverfassungsgerichts, die Lehre, als Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime könne nur anerkannt werden, wenn das Handeln auf einen Umsturz zielgerichtet gewesen sei und eine Aussicht auf Erfolg gehabt habe. Damit beschränkte sie den Kreis von Widerständigen auf organisierte, einflussreiche Gruppierungen (wie die Verschwörer des 20. Juli 1944). Der einzelne Mensch war auf diese Weise vom Widerstand ausgeschlossen. Dabei kommt es gerade auf ihn an, denn zum „Widerstand wird alles, wodurch ein Mensch sich staatlichem Verlangen nach Gehorsam entzieht", wie es der verstorbene SPD-Politiker Adolf Arndt formuliert hat. Die Zivilcourage des einzelnen Menschen vermag anderen zu helfen, in einem Unrechtsstaat der Verfolgung zu entgehen, oder zumindest deren Leid zu mildern. Wenn ein Großteil der Bevölkerung die Zivilcourage gehabt hätte, sich den Ansprüchen des NS-Staates zu entziehen, hätte sich dieses Regime nicht halten können.

Wolfram Wette, Historiker und Friedensforscher, gibt „Ehre, wem Ehre gebührt", und ruft das Handeln einzelner Menschen in Erinnerung, denen Menschlichkeit wichtiger war als Gehorsam gegenüber dem Staat. Exemplarisch zeichnet er die Geschichte von Frauen und Männern nach, die bestehende Handlungsspielräume nutzten und deren Verhalten Mut machen kann, in kritischen Situationen Zivilcourage zu beweisen: „Retter in Uniform" wie Heinz Drossel, Karl Plagge, Anton Schmid oder Wilm Hosenfeld und ebenso Zivilisten wie Hermann Friedrich Gräbe, Max Maurer, Anna Gnadl oder Elisabeth Gloeden, um nur diese Namen zu nennen. Beschämend spät fanden diese „stillen Helden" in der Bundesrepublik Anerkennung.

An weiteren Beispielen macht Wette deutlich, wie und in welchen Phasen sich die Auseinandersetzung mit den Tätern, die Rehabilitierung ihrer Opfer und die Beschäftigung mit dem Widerstand vollzogen. Das war keineswegs eine vorbildliche Aufarbeitung, als die sie heute gerne hingestellt wird. Lange Zeit herrschte ein anderer Begriff von „Ehre" vor, als er den „unbesungenen Helden" gebührt: Im Vordergrund standen die angeblich traditionellen soldatischen Tugenden, insbesondere der unbedingte Gehorsam gegenüber der Obrigkeit. Darauf beriefen sich sogar hohe Militärs und Kriegsverbrecher wie Generalfeldmarschall von Manstein, ebenso die Kommandanten und Wachleute in den KZs, lange Zeit lediglich als „Gehilfen" eingestuft wurden. Durch den Verfahrenstrick eines Netzwerkes von Juristen gelang es darüber hinaus 1968, dass die Morde der meisten Täter, falls nicht „niedrige Beweggründe" vorlagen, als „Beihilfe" zum Mordversuch gewertet wurden und damit verjährt waren.

So wurden zahlreiche Verbrechen – auch der Wehrmacht – während der NS-Zeit juristisch nicht aufgearbeitet. Das ist ein Schandfleck der deutschen Justiz, die bis in die höchsten Stellen von ehemaligen NS-Juristen durchsetzt war. Aber auch in der Öffentlichkeit wurde die Erinnerung verdrängt, wie Wette selbst bei seinen Forschungen zum SS-Standartenführer Karl Jäger aus Waldkirch, dem „Henker des litauischen Judentums" (Arno Lustiger), erfahren musste. Dem setzt Wette das Wort des Dichters Jewgenij Jewtuschenko über die sowjetische Erinnerungspolitik entgegen: „Verschweigen – das ist auch Mord […], Mord der Erinnerung."

Einen Durchbruch für die Erinnerungskultur bedeutete der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965, den der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer initiiert hatte. Durch ihn gelangten erstmals in diesem Ausmaß die die NS-Verbrechen und vor allem die Erfahrungen der Überlebenden in die Öffentlichkeit. Allmählich setzte nun ein Umdenken ein. Das Bild des Widerstandes wandelte sich. Waren die Verschwörer des 20. Juli vielfach zunächst als eidbrüchige Verräter angesehen, dann heroisiert worden, wurde nun eine differenzierte Betrachtung möglich. Andere Widerstandsformen kamen ins Blickfeld. Aber erst 2002 hob der Deutsche Bundestag „nationalsozialistische Unrechtsurteile" pauschal auf und rehabilitierte damit endlich auch Deserteure, nachdem 1991 Opfern der NS-Militärjustiz oder deren Hinterbliebenen immerhin eine Entschädigung zugesprochen worden war. „Kriegsverräter" wurden sogar erst 2009 rehabilitiert, obwohl Fritz Bauer, damals Generalstaatsanwalt in Braunschweig, bereits 1952 gesagt hatte: „Unrecht kennt keinen Verrat!"

Wettes Buch belegt, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit keineswegs abgeschlossen ist. Sie bedarf, vom Verhalten einzelner Menschen ausgehend, weiterer Forschungen. Uns regt es an, scheinbar gültige Auffassungen kritisch zu hinterfragen und Zivilcourage zu zeigen. Dem Buch ist eine weite Verbreitung zu wünschen. ■

Heiko Haumann ist Historiker und war von 1991 bis 2010 Professor für Osteuropäische und Neuere Allgemeine Geschichte am Historischen Seminar der Universität Basel.

Wolfram Wette
Ehre, wem Ehre gebührt! Täter, Widerständler und Retter 1939–1945.

Donat Verlag, Bremen 2014
Gebundene Ausgabe, 334 Seiten
ISBN: 978-3-943425-30-7 • 16,80 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

N.N., Vorsitzender

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Stellvertretender Vorsitzender, Historiker

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Ekin Deligöz, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e.V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Kerstin Griese, MdB

Reinhard Grindel, MdB

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg; Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Markus Löning, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Prof. Dr. Kurt Nemitz, Präsident der Bremer Landeszentralbank a. D.

Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. habil. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Günther Rüther, ehemaliger Hauptabteilungsleiter in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Pädagoge und Theologe

Linda Teuteberg, ehemaliges Mitglied des Landtags von Brandenburg

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Rainer Braam, Unternehmer

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Bertold Leibinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Max Mannheimer, Autor und Maler

Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993–2000, Bundesminister a. D.

DEMOKRATIE VOR ORT

Das Portal für alle, die sich vor Ort engagieren möchten.

www.demokratie-vor-ort.de

ÜBER DAS PROJEKT

Das Serviceportal Demokratie vor Ort – lokale Spurensuche und Partizipationsförderung ist ein Kooperationsprojekt von **Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.** und des **Bündnisses für Demokratie und Toleranz**, dessen Geschäftsstelle Teil der Bundeszentrale für politische Bildung ist.

Bei der Geschichte der Demokratie und bei der aktuellen Partizipation vor Ort anzusetzen und bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, Projekten und Initiativen zu unterstützen, ist Ziel des Portals, das kontinuierlich erweitert und den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer angepasst wird.

Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50 · 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 25 45 04 - 466 · Fax: +49 (0)30 / 25 45 04 - 478
buendnis@bpb.bund.de · **www.buendnis-toleranz.de**

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13-14 · 10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 26 39 78-3 · Fax: +49 (0)30 / 26 39 78-40
info@gegen-vergessen.de · **www.gegen-vergessen.de**